

Privilegierte

Schlesische

Zeitung.



N. 82.

Breslau, Dienstag den 7. April

1846.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Redakteur: N. Hilscher.

Uebersicht der Nachrichten.

Eine Speculation, gegründet auf die Rechtsprüche des höchsten preuß. Gerichtshofes. Berliner Briefe (Entwicklung der Staatskräfte Russlands, die Zollkonferenz). Aus Königsberg (Dr. Ueber), Pr. Stargard, Elbing, von der russ. Grenze, Schreiben aus Münster, Dorsten, Haltern, Düsseldorf, Köln (Dr. Leue). Trier, dem Bergischen und Magdeburg (Edgar Bauer). — Schreiben aus Leipzig (Polizei-Dir. Stengel), München (Kammer der Abgeordneten), von der Isar, aus Landau, Stuttgart, Neustadt a. d. Haardt u. Braunschweig. — Aus Österreich. — Aus Russland. — Aus Krakau. — Aus Paris und dem Elsaß. — Aus Madrid. — Aus London. — Aus den Niederlanden. — Aus Brüssel. — Aus Italien. — Aus der Türkei. — Aus Ostindien.

Eine Speculation,

begründet auf die Rechtsprüche des höchsten Preußischen Gerichtshofes.

So eben erscheint ein neuer Band der Entscheidungen des Geheimen Ober-Tribunals, herausgegeben von den Geh. Ober-Tribunals-Räthen Seligo, Wilke I. und Rintelen. Während die bisherigen 10 Bände bei Herrn Dümmler herauskamen, wird uns dieser 11te Band und die versprochenen späteren — als eine „neue Folge“ — im Verlage des Commerzien-Rath Carl Heymann gebracht. Dieser erste Band der neuen Folge enthält 34 Bogen und für diese 34 Bogen, die so weitläufig gedruckt sind, daß sie sehr füglich und bequem auf 20 Bogen zu geben waren, läßt sich Herr Carl Heymann 4 Rthlr. 20 Sgr. zahlen, also über 4 Sgr. für einen weitläufig gedruckten Bogen.

Nun — könnte man einwenden — warum sollte Herr Heymann das nicht fordern, steht es ja doch bei jedem, das Buch zu kaufen oder nicht. Nun, diese Speculation ist eine bessere. Es ist hier nicht von einem Luxusbuche die Rede; die Sammlungen der Entscheidungen unseres obersten Gerichtshofes sind für den Preuß. Juristen ein fast nothwendig zu acquirirendes Werk; unsere armen, knapp besoldeten, Juristen sind fast gezwungen, es neben den, auch nicht gerade umsonst gegebenen, Erzeugnissen der Preuß. Legislation zu kaufen.¹⁾ Herr Heymann verspricht uns auf dem Rückblatt des Umschlages dieses 11ten Bandes jährlich 1 bis 2 Bände und während er dabei den Preis jedes Bandes zu 2 bis 3 Rthlr. angibt, ist der Preis dieses ersten Bandes auf dem vorderen Umschlagblatt zu 4 Rthlr. 20 Sgr. angegeben, also auf Höhe der Summe, für die er auf dem hinteren Umschlagblatt zwei Bände zu liefern verspricht.

Doch, Herr Heymann ist Kaufmann, und wenn man bekanntlich zwar auch beim Kaufmann ein übersmäßiges Forderung keineswegs gutheilt, wenn es auf die Benutzung der dem Käufer ungünstigen Verhältnisse begründet, zum halben Zwange wird, — so wollen wir doch mit ihm schließen und uns an die Herren Herausgeber wenden.

Wir nehmen an, daß diese verehrten Herren in ihrem mit Herrn Heymann abgeschlossenen Verlags-Contract einen Paragraphen aufgenommen haben werden, nach welchem die einzelnen Bände für einen rätseligen Preis, etwa von 2—3 Rthlr. ein jeder, vom Buchhändler zu liefern sind. Das nehmen wir an, theils weil sich sonst nicht wohl absehen läßt, wie Herr H. zu seinem auf der Vorderseite freilich nicht gehaltenen Versprechen der gedachten Rückseite gekommen; theils aber auch, weil es an sich wahrscheinlich ist, daß diese verehrten Herren, die keine Speculation aus der Herausgabe der Entscheidungen ihres Gerichtshofes machen, sondern im Auftrage des Lektern handeln, wie das Vorwort zu Band 8 erklärt, — daß diese Herren im Interesse des Zweckes diese Veröffentlichung, eine, das jurist. Publikum gegen buchhändlerische Spekulation schützende Klausel in dem gedachten Vertrag aufgenommen haben dürfen.

¹⁾ Für das Justiz-Ministerialblatt, welches gleichfalls bei Hrn. H. erscheint, müssen jährlich 2 Rthlr. gezahlt werden, während dieses vielleicht in 4 bis 5000 Exempl. debütierte Blatt in den letzten Jahren kaum die Hälfte der früheren Bogenzahl erreicht, auf die jener Jahrespreis berechnet war. Dorthin wäre ein Einschreiten des Justiz-Ministeriums durchaus nötig.

Wir ersuchen daher diese hochverehrten Herren, auf Innehaltung dieser Contract-Bestimmung zu dringen; wäre aber die betreffende Bestimmung im Interesse des jurist. Publikums versäumt, so wird es nöthig sein, sie für fernere Bände nachträglich in den Contract aufzunehmen. Versagte Hr. Heymann hierzu seine Zustimmung, so sei hierdurch Ein hohes Geh. Ober-Tribunal ehrbietigst ersucht, den Auftrag, welchen dasselbe den gedachten Herren zur Herausgabe seiner Rechtsprüche lediglich im Interesse der Preußischen Rechtsplege ertheilt, zurückzunehmen und den Zweck dieser Veröffentlichung seiner Rechtsprüche vor Augen, der mit derartigen Speculationen nichts zu thun hat, dieselben anderweit herauszugeben.

Es werden sich zehn Buchhändler für einen finden, die sich sofort bereit erklären den Bogen dieses Druckes nicht nur für 1½ statt für vier Silbergroschen zu debitiren, da sich mit vollster Sicherheit alsdann auf einen sehr großen Absatz rechnen läßt, — sondern die auch ein bedeutendes Honorar anbieten werden, welches die zur Herausgabe beauftragten Herren Räthe sehr reich für ihre Mühlwaltung entschädigen würde.

Einstweilen aber fordern wir, von dem Grundsache ausgehend: aide-toi, le ciel t'aidera — alle Juristen dringend auf, in Beziehung auf diesen ersten Band ihren wissenschaftlichen Eifer zu bändigen und Verzicht zu leisten auf diese zu theuren Entscheidungen des Geh. Ober-Tribunals.

Wenn Herr Commerzienrath Heymann zur nächsten Messe seine ausgesendeten Exemplare dieses 4 Rthlr. 20 Sgr.-Bändchens mit seinem Lächeln wieder in sein Haus kommen sieht, so wird er jedenfalls, sofern unsere anderen Vorschläge nicht durchgehen, schon selbst für den zweiten Theil einen angemesseneren Preis setzen.

Wir ersuchen die verehrten Zeitungs-Redactionen ergebenst, für Verbreitung dieser Mittheilung im Interesse der Richter Sorge tragen zu wollen.

Der Maj., agr. dem 21. Inf.-Regt., als Oberst-Lt. mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. B., Aussicht auf Civilvers. und Pens., der Abschied bewilligt. — Bei der Landwehr: v. Necker, Major und Führer des 2. Aufgebots, vom 3. Bat. 7. Regt., als Oberst-Lt. mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. B., Aussicht auf Aufnahme in ein Invalidenhaus und seiner bisher. Pension, der Abschied bewilligt.

△ Berlin, 4. April. — Seit einigen Tagen weilt die Herzogin von Sagan-Dallierrand in unserer Mitte, wo derselben nicht nur vom Hofe, sondern auch von den Klinslern, denen sie ein großer Maecenas ist, viele Aufmerksamkeiten zu Theil werden. Die hohe Frau bedenkt von hier nach Paris zu reisen. — Der Feldmarschall-Lieutenant Graf Ficquelmont ist gestern hier in einer außerordentlichen Sendung aus Wien eingetroffen und bereits Sr. Maj. dem Könige in einer besonderen Audienz durch den hiesigen österr. Gesandten Grafen v. Trautmannsdorff vorgestellt worden. Bei der hier wieder stattgefundenen Frühjahrsparade erblickte man denselben auch unter der hohen Generalität im Gefolge des Königs und der Prinzen. — Die Potsdamer Regierung hat jetzt aufs Neue im Interesse des Publikums den Gastwirthen von der Ortspolizei-Obrigkeit streng einschärfen lassen, letzterer ein Verzeichniß der von ihnen gestellten Preise einzurichten und in den Gastzimmern anzuschlagen. Solches soll sich nun auch sogar auf die Gasthäuser auf dem platten Lande erstrecken. Dadurch wird am besten den Beschwerden und Streitigkeiten über die Höhe der Preise vorgebeugt und verhütet, daß in einzelnen Fällen ungewöhnlich hohe Forderungen von den Gastwirthen gestellt werden. — Herr Kroll, Besitzer des herrlichen Wintergartens, welchen einer seiner Kreditoren von der Verwaltung seines Lokals durch gerichtliches Erkenntniß wochenlang removirt hatte, befindet sich zur Freude des Publikums nun wieder in seinem Etablissement und stattet heute in den Berliner Zeitungen seinen lebenslangen Dank für die allgemeine Theilnahme ab, welche sich bei dem ihn betroffenen Missgeschick in einem hohen Grade hier ausgesprochen. Gedachtes Lokal ist eine Hauptzierde Berlins und eignet sich am besten zum Veranthalten öffentlicher Lustbarkeiten. Ohne Herrn Kroll würde dasselbe in kurzem sicher ganz eingegangen sein und die Kreditor dann davon gar keinen Nutzen gezogen haben.

+ Berlin, 4. April. — Das Gerücht, daß eine Veränderung in der Administration der Provinz Posen durch Theilung derselben eintreten soll, war bekanntlich schon längst verbreitet; gegenwärtig erhält dasselbe noch mehr Gewicht, indem verschert wird, daß der Oberpräsident, Herr Beurmann, zum Zwecke der Beratung über diesen Gegenstand sich hier befindet. Auch die Anwesenheit zweier russischer Generale, Namens Berg und Kreuz, bringt man im öffentlichen Gespräch mit den polnischen Auffaaren in Verbindung, und zuletzt fehlt es auch nicht an dem so häufig wiederkehrenden Gerüchte, daß der russische Kaiser nächstens in unserer Residenz eintreffen werde. — Unter dem Titel: „Die Entwicklung der Staatskräfte Russlands seit Peter dem Großen“ ist hier kürzlich eine Schrift erschienen, deren Verfasser sich nicht genannt hat. Man hat aber mit ziemlicher Gewissheit denselben in einem von der hiesigen russischen Gesellschaft abhängigen Correspondenten für manche deutsche Zeitung erkennen wollen, der, obgleich der Sohn eines preußischen Subaltern-Beamten, eine Zeitlang als kurfürstlicher Baron figuren haben soll. Das erwähnte Buch hat die unverkennbare Absicht, Russland in einem glänzenden Lichte erscheinen zu lassen, und zwar vermittelet statistischer Angaben. Das Räsonnement tritt davor in den Hintergrund; es sollen die Thatsachen sprechen. In diesem Sinne wird die Territorial-Vergrößerung und Bevölkerung Russlands behandelt, ebenso wie das Militärwesen, die Finanzen, die ständischen Verhältnisse, die landwirtschaftliche Production, Industrie und Handel, die Communicationen, selbst die geistige Kultur und die Gesetzgebung; überall eine auf Zahlen gegrundete Apologie der russischen Verhältnisse, welche den allgemeinen Vorstellungen direct widersprechen. Wir sind aber der Meinung, daß der beabsichtigte Eindruck des erwähnten Buches nicht sein Ziel erreichen wird; denn die öffentliche Meinung Deutschlands über Russ-

Inland.

Berlin, 5. April. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Geheimen expedirenden Secretair, Kriegsrath Salbach bei der Geheimen Kriegs-Kanzlei, den rothen Adler-Orden dritter Classe mit der Schleife zu verleihen.

Ihre Hoheit die Prinzessin Karoline von Hessen ist nach Kassel gereist.

Se. Excellenz der Kaiser. österreichische General der Kavallerie, Staats- und Konferenz-Minister, Graf von Ficquelmont, ist von Wien, Se. Excellenz der Wirkliche Geheimen Rath Dr. Sack, von Wolfsbüttel, und der General-Major und Commandeur der 6ten Infanterie-Brigade, v. Salisch, von Prenzlau hier angekommen.

Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen in der Armee. v. Gayl, pens. Oberst-Lt., bisher im Kaiser Alexander Gren.-Regt., mit Pension zur Dispos. gestellt. Albert, Prinz zu Schwarzenburg-Audelstadt, früher im Garde-Kür.-Regt., der Char. als Oberst beigelegt. Hauck, Hauptm. vom 6. Inf.-Regt., zum etatsmäßigen Major Baron v. Seckendorff-Gutendorf, Sec.-Lt. von dems. Regt. zum Pr.-Lt., v. Hake, v. Raussendorff, P.-Fähnrs. (mit Sec.-Lts.-Char.) von dems. Regt. zu überz. Sec.-Lts. ernannt. Lamprecht, Feldw. und Rechnungsführer von dems. Regt., Bieberstein, Feldw. und Rechnungsführer vom 7. Inf.-Regt., der Char. als Sec.-Lts. beigelegt. Frhr. v. Kettler, v. Bock I., P.-Fähnrs. vom 7. Inf.-Regt., zu überz. Sec.-Lts. ernannt. — Bei der Landwehr: Brier, Sec.-Lt. vom 1. Bat. 11., ins 2. Bat. 6. Regts., v. Auer, Sec.-Lt. vom 3. Bat. 20., ins 1. Bat. 7. R., Günther, Sec.-Lt. vom 3. Bat. 6., ins 2. Bat. 7. R., Hentschke, Sec.-Lt. vom 1. Bat. 11., ins 3. Bat. 7. Regts., Clement, Sec.-Lt. vom 1. Bat. 11., ins 3. Bat. 18. Regts. eintrang. Schober, Sec.-Lt. vom 2. Bat. 6. Regts., Fülleborn, Sec.-Lt. vom 3. Bat. 6. R., zu Pr.-Lts. Jaehrich, Feuerwerker vom 1. Bat. 7. R., zu Sec.-Lts. der Art., Gr. Stolberg-Wernigerode, Ritter von der Garde-Ldw.-Kav. beim 2. Bat. 7. Regts. zum Sec.-Führer ernannt. — Abschiedsbewilligungen: v. Forst-

land steht zu fest, als daß durch einen solchen Versuch irgend etwas erreicht würde. Uebrigens hat diese öffentliche Meinung auch viel gründlichere statistische Arbeiten über Russland für sich; wir erinnern nur an das ausgezeichnete Werk des Herrn von Neden „das Kaiserreich Russland“, welches im J. 1843 erschien. Darin wird nachgewiesen, daß die Verfassungs-Einrichtungen des russischen Reichs der Entwicklung der Baukultur hinderlich sind, ebenso dem Entstehen und der allgemeinen Verbreitung einer kräftigen, ungekünstelten fabricirenden Industrie und der Annahme eines bessern Handelsystems. In gleicher Weise erscheinen die dortigen Verwaltungs-Einrichtungen, die naturgemäße Entwicklung der Bodenkultur, der veredelnden Industrie und des Verkehrs mit dem Auslande. Was die geistige Kultur, die Gesetzgebung und die politische Entwicklung des Volkslebens in Russland betrifft, so sind die Anstrengungen, welche das eben hier erschienene Büchlein macht, sie im glänzenden Lichte aufzuzeigen, doch wohl auch in Deutschland zu allgemein nach ihrer Wirklichkeit und innerer Beschaffenheit bekannt, als daß sich irgendemand von gegentheligen Versicherungen selbst unter der Hülle von Zahlen täuschen ließe. Uebrigens erscheint das erwähnte Büchlein als eine nicht sehr ehrliche Compilation, indem es nicht einmal die Quellen angibt, aus welchen es seine verhältnismäßig besten Erörterungen wörtlich und viele Seiten lang abgeschrieben hat, wie z. B. den Abschnitt über die Verhältnisse des Bauernstandes in Russland, der ursprünglich in einem Aufsatz der Preussischen Staatszeitung vom 7. Mai 1842 enthalten ist, und den auch das Werk des Herrn von Neden mit Angabe der Quelle und der Bemerkung enthält, daß er nichts besseres über diese Verhältnisse zu sagen wisse. — Als Neuigkeit des Tages mag hier noch bemerkt werden, daß Herr Kröll sich durch Bezahlung von 15.000 Thlr. von der über seinen Wintergarten verhängten Administration bestreit hat, und nun wieder in denselben zu weiteren Experimenten eingezogen ist. — Herr Lechevalier hat gestern seine Vorlesungen über Social-Dekonomie geschlossen und zwar vor einem eben so zahlreichen und ausgezeichneten Auditorium, als vor welchem er sie begonnen hatte. Das Interesse an den sozialen Tagesfragen hat sich auch hier bewährt.

(N. S.) Es heißt, daß für die bevorstehende Zollkonferenz durchgehends neue Kommissäre geschickt werden sollen, damit keine persönliche Verstimmung dem Fortgang und Abschluß der Geschäfte Abbruch thue. Auf dem hiesigen „Centralbureau“, welches sich mit der offiziellen Statistik des Zollvereins beschäftigt, herrscht große Thätigkeit, indem die Einnahmetabellen des vergangenen Jahres entworfen werden. Die Einnahme soll wieder eine Million Thaler mehr betragen als im Jahre 1844 und hauptsächlich von dem Zoll auf Kaffee und Zucker herrühren. Die Kreissteuerei ist gleichfalls um 100,000 Pfd. gestiegen und damit zu einer noch nicht dagewesenen Höhe gelangt.

Königsberg, 31. März. (D. 3.) Zur Erledigung der Disciplinar-Untersuchung gegen das Concilium Generale unserer Universität wegen der dem Dr. Uebegg votirten Inscription ist in diesen Tagen eine Königl. Cabinetsordre erschienen, welche die Majorität wegen ihres ungehörigen Betragens tadeln, und die Minorität wegen ihres guten Benehmens lobt. Besonders erwähnt werden die Professoren Sachs und Simson, welche einen Beweis erhalten, so wie Rosenkranz und Burdach, denen angezeigt wird, daß sie zur Strafe hinfür nicht mehr die Prorectorenwürde erhalten können. — Die Hartung'sche Zeitung wechselt mit dem 1. April ihre Redaction. Dr. Thomas, Privatdocent an der hiesigen Universität, wird verantwortlicher Redakteur und wählt nach freiem Dafürhalten seine Correspondenten. Herr Stadtrath Hartung bleibt Besitzer der Zeitung und behält sich nur den Theil der Redaction vor, welcher sich auf die Insertionen bezieht. — Director Sauter, der vor seiner Anstellung bei der hiesigen Döchterschule Prediger gewesen war und die ausdrückliche Genehmigung zur Veröffentlichung aller kirchlichen Handlungen auch in seiner neuen Stellung hatte, erklärt bekanntlich dem Consistorium, auf Befragung, daß er Mitglied der freien Gemeinde sei. Als Antwort hat er jetzt die Anzeige erhalten, daß von nun an seine Prediger-Lizenz erloschen sei.

Pr. Stargardt, 22. März. (D. 3.) Der in der Nacht vom 21. zum 22. Febr. e. beabsichtigte Überfall in hiesiger Stadt hat einen Sicherheitsverein ins Leben gerufen, der sich nunmehr vollständig organisiert, auch seine Statuten erhalten hat, welche der Regierung zur Bestätigung eingereicht werden sollen. Dieser Verein besteht aus 150 Mitgliedern von unbescholtener Rufe, ohne Unterschied der Confession, zerfällt in 5 Abtheilungen, und hat den Zweck durch nächtliche Wachen und Patrouillen, durch Wässigung, resp. Besserung der Observanten, durch Erziehung der verwahlosten Jugend u. für die Ordnung und Ruhe in der Stadt, für die Sicherheit des Eigenthums und für die moralische Besserung der sittlich gesunkenen Mitglieder der menschlichen Gesellschaft nach besten Kräften wirksam zu sein.

Elbing, 1. April. (3. f. Pr.) In diesen Tagen ist bereits eine Anzahl schlesische Eisenbahnarbeiter hier eingetroffen. Auf mehreren Punkten haben die Arbeits-

ten an dem Bau der Eisenbahn nun ihren Anfang genommen; in künftiger Woche werden dieselben auch bei Marienburg beginnen. Dem Vernehmen nach wird nicht allein die Übergangsbrücke über die Nogat bei Marienburg (welche unterhalb der Stadt in der Nähe des Buttermilchthurnes erbaut werden soll) befestigt und als Brückenkopf eingerichtet werden, sondern es soll auch die Stadt Marienburg selbst mit Festungswerken versehen werden. Bei Dirschau soll jedoch nur die zu errichtende Weichselbrücke als Brückenkopf befestigt werden. Die vorbereitenden Bauten zum Behuf dieses großartigen Werkes werden übrigens bei Dirschau mit Energie und Thätigkeit fortgesetzt.

Von der russischen Grenze, 26. März. (A. 3.) Ein Schreiben aus St. Petersburg meldet daß der russische General v. Berg als außerordentlicher Abgesandter des Kaisers Nikolaus nach unsrer Hauptstadt (Berlin) eine Mission erhalten hat. Es handelt sich, fügt das Schreiben bei, darum die Zukunft der ehemaligen Republik Krakau zu bestimmen, in Hinsicht deren die beiden Kaiserlichen Cabinetts vollkommen übereinstimmen sollen.

SS Münster, 1. April. — Ichtheilte Ihnen bereits vor mehreren Wochen mit, daß einer unserer Bürger den Plan zur Begründung eines öffentlichen Lese-Cabinetts aufgenommen habe. Die Regierung hat noch langem Zögern endlich ihre Genehmigung hierzu ertheilt, und es wird jetzt von dem Interesse der Münsteraner für das Institut das Gedanken desselben abhängen. Hoffen wir das Beste! Ein geistiger, zeitgemäßer Aufschwung thut den Münsteranern wahrlich Noth! — Seit einiger Zeit befindet sich unsrer Stadt in nicht geringer Aufregung über das Verschwinden des Directors der hiesigen königl. Bank. Dieser hatte vor 4 Wochen auf ein paar Tage Urlaub genommen, ist aber seitdem nicht zurückgekehrt, ohne im mindesten etwas von sich hören zu lassen. Der panische Schrecken, welcher Anfangs die bei der Bank angestellten Beamten besiel, hat sich jetzt in sofern etwas gelegt, als die Bankbücher und die Kasse bei einer Visitation nichts Verdächtiges ergeben haben; es lebt jedoch noch Alles in einer unheimlichen Ungewissheit. Backmeister, so heißt der Bankdirector, stand hier in allgemeiner Achtung, und machte ein sogen. großes Haus aus. Das Räths-läste von der Sache wird sich bald aufklären. — So eben erhaute ich aus zuverlässiger Quelle die Nachricht, daß eins unsrer Banquier-Häuser die Zahlungen eingestellt hat. Also lauter Katastoden für unsre Geldmänner! — Unsere Stadtverordneten-Versammlungen beginnen wieder in ihr altes Gleise zurückzutreten. Der Sturm, den der Austritt von 16 Mitgliedern der Stadtverordneten hervorgerufen hat und der Ihnen aus den Berichten der Köln. Stg. bekannt sein wird, ist demnach wie eine Seifenblase zerplast. Es war auch in der That nur ein Wölkchen am reinen Himmel, welches bald verschwindet und die Ruhe der Münsteraner nicht lange zu stören vermag. Post festum läßt man vielen heiteren Humor über das Schilder Benehmen unsrer Stadtväter ergehen. Und was ist denn auch am Ende des Pudels Kern? Eine Partei, die das Ruder vermöge angeerbter Gewalt in Händen hat, und sich recht behaglich dabei fühlt, sieht sich plötzlich von einigen mutigen Fortschrittmännern aus ihren höchsten Träumen aufgescheucht. Sie will ihren ganzen Stroll hierüber auf den Führer der Ruhestörungspartei entladen, und stellt gegen diesen wegen eines Geschäftsschelers einen Exclusions-Antrag. Derselbe erhält aber nicht die erforderliche Anzahl von Stimmen und fällt durch. Solchen Bankbruch ihres Ansehens und ihrer Macht konnten die alten Herren, denen früher nichts fehlgeschlagen war, nicht ertragen. Sofort erklärten 16 ihren Austritt aus der Versammlung. Ich glaube nicht, daß die Geschichte der größern Städte seit Einführung der Städteordnung viele solcher tactlosen, unüberlegten Handlungen der öffentlichen Vertreter der Bürgerschaft aufzuweisen hat. Doch Facta sprechen für sich. Es genügt, daß nach der Städteordnung vom 17. März 1831 kein gesetzlicher Grund zum Ausscheiden vorlag. Viele haben dies auch bereits angesehen und sind ruhig in den Schoß der Stadtverordneten-Versammlungen zurückgekehrt. Andere bleiben consequent. Mit diesen wird aber kurzer Prozeß gemacht werden. Zuerst werden sie nach §. 39 der Instruction Behufs der Geschäftsführung der Stadtverordneten vom 17. März 1831 wegen unentschuldigten Ausbleibens in Ordnungsstrafe genommen und nach §. 40, wenn dieses unentschuldigte Ausbleiben 3mal hintereinander erfolgt, ausgeschlossen. Wie werden sehen, wie es geht.

Steinmann, der bekanntlich wegen eines im Mecklenburgischen enthaltenen Aufsatzes über österreichische Finanzverhältnisse von dem hiesigen O.-L.-Gerichte zu 8 Monaten Festung verurtheilt, aber durch des Königs Maßstätt zu 4 Monaten Gefängnisstrafe begnadigt wurde,

ist vorgestern seiner Haft in der honesta custodia hier selbst entlassen worden.

Münster, 31. März. (Düss. 3.) Der Direktor der hiesigen königl. Bank, Herr Backmeister, ein Mann, der bisher allgemein in gutem Ansehen stand und ein seltes Vertrauen genoß ist seit drei Wochen spurlos von hier verschwunden. Ueber den richtigen Bestand der Bankgelder läßt sich vorläufig nichts Authentisches rathen.

Dorten, 27. März. (Elbf. 3.) Der so vielfach ausgesprochene Wunsch, die Wundergeschichte hier am Dreieck bestätigt zu sehen, ist nunmehr zur größten Freude alle Verehrer der öffentlichen Ruhe und Verschwiegenheit des Überglaubens in Erfüllung gegangen. Gestern Abend gegen 6 Uhr lockte eine durch die Straßen raschende abgenutzte, vielleicht aus dem Morgenlande stammende Staatskarosse, viele Neugierige an Thüren und Fenster, von denen wir bald gern vernahmen, daß selbig die 3 Kläffen, worunter auch die angeblich Stigmatisierte, enthalte, die, von hier exiliert, zu ihrem ferneren Aufenthaltsorte Haltern*) aussersehen hätten, wo der geistliche Vater bereits alle möglichen Anordnungen getroffen habe. Ob auch in Haltern diese Wundergeschichte ein so tragisches Ende nimmt wie bei uns, wird die hier wohl schwer zu errathende Zukunft lehren. — Der Pater Gosler weilt indessen noch im hiesigen Kloster, jedoch hoffen wir, daß auch er bald abschließen werde, damit kein zweites Wunder unsre Stadt belästige. Der Plebs, durch die, der früheren Scandale wegen eingelegte, aber leider nicht durchgeföhrte Untersuchung in seinem Uebermuthe bestärkt, scheint dem Gosler noch stets sehr gewogen und von einem gewissen bösartigen Geiste besessen zu sein, da man noch am verslossenen Sonntage an der Wohnung eines Magistratsmitglieds pöbelhafter Weise zur Nachtzeit eine Scheibe einwarf.

Haltern, 26. März, Abends 9½ Uhr. (Elbf. 3.) So eben durchläuft die frohe Kunde unsre Stadt, drei Schwestern in Christo, worunter auch die wunderbare Theresa Winter, seien, von Dorten kommend, hier an gelangt, um in unsrer Mitte zu bleiben. Wir sind unsrer wohlwollenden Nachbarin für dieses erhabene Geschenk gewiß vielen Dank schuldig, da wir nicht zweifeln, daß das Wunder, wenn auch nur in pecunialer Hinsicht, uns vielen Vortheil bereitet.

Düsseldorf, 30. März (Düss. 3.) Heute fand hier die statutgemäße General-Versammlung der Actionäre der Düsseldorfer allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft für See-, Fluß- und Land-Transport statt. Die Resultate der Wirksamkeit dieser Anstalt waren durchaus befriedigend und konnte außer Zinsen-Bergütung an die Actionäre noch ein namhafter Reservesfond gebildet werden.

Köln, 31. März. (Aach. 3.) Heute früh ist am rheinischen Appellhofe der Prozeß gegen den Ober-Prokurator Leue plaudirt worden. Nachdem einer der Vertheidiger, der Advokat-Urkraft Pelz aus Aachen, die Anklage in allen ihren Stücken zu widerlegen gesucht, trug der General-Prokurator darauf an, daß das Gericht dem Beschuldigten eine Strafe von 6 Monaten Festungshaft zuerkennen möge, worauf der Beschuldigte das Wort nahm und das Unrecht nachzuweisen suchte, auf eine Bestrafung anzutragen, ehe der Beschuldigte selbst über die Beweggründe und Rechtfertigung seines Verfahrens gehört worden. Das Gericht vertrat den Ausspruch seines Bescheids auf den 8. April. Wie wir vernehmen, hat die stattgehabte Verhandlung noch zu einem Incidenzpunkt Unfall gegeben, durch die Behauptung des Beschuldigten, daß er früher bei Theilung des Manuscripts des inkriminierten Buches an den General-Prokurator von demselben Beweise der Billigung desselben erhalten habe.

Köln, 1. April. (Köln. 3.) Die Handelskammer von Aachen hat nach Prüfung der von der hiesigen Handelskammer eingereichten Denkschrift über die Förderung der Schiffsahrt des Zollvereins die Ueberzeugung ausgesprochen, daß unter den bestehenden Verhältnissen die in Vorschlag gebrachte Maßregel der Gewährung von Prämiens für die überseeische Schiffsahrt am geeigneten sei, den großen Zweck der Vermehrung der Handelsmatrizen des Zollvereins und den Beitritt der norddeutschen Staaten zu demselben zu befördern, das letztere besonders auch dadurch, daß durch jene Maßregel ein nachhaltiges Interesse des Beitritts jener Staaten hervorgerufen werde. Sie hat diese Ansicht ebenfalls dem Königlichen Handelsamt ausgedrückt.

Trier, 26. März. (S. 3.) Man ist hier sehr auf einige Fälle gespannt, die bei der nächsten Sitzung der Geschworenen zur Sprache kommen könnten und die geeignet sind, ein eigenes Licht auf die Verhältnisse des Colibats zu werfen.

Aus dem Bergischen, 25. März. (F. 3.) Der Diener, welcher jüngst einen Knaben mit einem wildgefährlichen Hund in der Flur traf, ergiff den Knaben, band ihn an den Schwanz seines Pferdes und ritt mit ihm triumphirend nach dem Schlosse seines Herrn. Unsere Götter haben aber diesen Zug

*) Wenn es einmal Befehl ist, daß diese von hier fort zu ihrer Heimat geschickt werden sollen, so müssen wir uns sehr wundern, wenn man duldet, daß sie sich nach Stunden von hier wieder ansiedeln.

junkerhafter Jagdherrlichkeit nicht anerkennen wollen, sondern den Dörfer zu einzähiger Haft verurtheilt.

Magdeburg, 28. März. (Aach. 3.) Bisher war es Edgar Bauer von der hiesigen Kommandantur zweimal in der Woche gestattet, Besuche in der Stadt zu machen, die sich erklärender Weise sehr oft zu den hiesigen Buchhändlern wandten. Durch die Bemühungen des Hrn. Polizeidirektors v. Kampf sollen nun diese Besuche Bauers der Beschränkung unterliegen, daß sie nicht mehr in die Buchhandlungen und an deren Besitzer sich richten dürfen. Vielleicht hat auch die Vermuthung daran Theil, daß Bauer hin und wieder Aufsätze in das hiesige Wochenblatt liefere, welche Vermuthungen zur Zeit wohl nicht mehr zutreffen dürften.

Deutschland.

Leipzig, 3. April. — Die Angelegenheit unseres Polizei-Directors Stengel nimmt eine eigenthümliche Wendung: während in der Stadt Adressen umlaufen und unterzeichnet werden, welche ihm die innige Theilnahme der Bürgerschaft bezeugen und ihn bitten, die trefflich veraltete Stelle zu behalten, läuft seit gestern das Gericht durch die Stadt, daß die Stadtverordneten vorgestern Abend in geheimer Sitzung einstimmig die Genehmigung der Gehaltserhöhung abgelehnt haben, durch welche der Stadtrath den Polizei-Director ferner zu fesseln meinte. Dieser scheinbare Widerspruch zwischen der Bürgerschaft und ihren Vertretern (wenigstens müßte die Einstimmigkeit der letzten auftreten) soll in Folgendem seine Erklärung finden: Seit der Einführung der allgemeinen Städteordnung 1832 warten die Stadtverordneten Leipzigs eben so vorgebens auf das „baldmöglichst“ anzufertigende Inventar des Stadtwesens, als auf das Lokalstatut (lechteres enthält nämlich die einzelnen durch die Oertlichkeit gebotenen besondern Bestimmungen für die Handhabung der Städteordnung, ist eine nothwendige Ergänzung derselben). Jahr auf Jahr ist dahingegangen und der Stadtrath blieb taub gegen alle Mahnungen. Endlich im Sommer 1844 kam ein Entwurf des Lokalstatuts zu Stande, hauptsächlich wohl deshalb, weil die Erhöhung der Bezahlung der städtischen Beamten einen sehr wesentlichen Bestandtheil derselben ausmachte und die Stadträthe diese gern sehr bald genießen mochten. Seitens der Stadtverordneten wurde der Entwurf berathen und mit den eingetretenen Abänderungen dem Stadtrath zurückgeschickt, dabei auch die Erklärung abgegeben, daß die Erhöhung der Gehalte sofort herausgehoben, derathen und resp. genehmigt werden solle, wenn der Entwurf vom Stadtrathe zur endlichen schließlichen Feststellung zurückkomme. Inzwischen trat unter dem jetzigen Minister des Innern die Richtung ein, das Zustandekommen freifranziger Lokalstatute möglichst zu erschweren, dieselben vielmehr als ein Mittel zu Paralyseung und Aufhebung der freisinnigen Bestimmungen der Städteordnung zu benutzen; diese Richtung blieb auch in Leipzig nicht ohne Wirkung und als der Stadtrath, trotz der für ihn lockenden Aussichten, abermals über ein Jahr gezögert hatte und im vorigen Herbst den Entwurf zurückstande, war es ein ganz anderer, in den wesentlichsten Bestimmungen einseitig abgeändter geworden; Gründe für diese sehr wesentlichen Änderungen anzugeben, fand aber der Stadtrath nicht nötig. Die Deputation zum Lokalstatute, welcher die Vorberathung des Entwurfs obliegt, sandte denselben also sofort zurück und erbat sich die Gründe der Abänderungen, ohne welche eine Berathung nicht stattfinden könne. Seitdem liegt die Sache wieder still, und andere Mahnungen ungeachtet haben diese Gründe nicht erlangt werden können. In seiner Eingabe an den Stadtrath um Enthebung von seiner Stelle, hat nun der Polizei-Director Stengel auch die ungenügende Bezahlung der Stelle (mit 1700 Thlr.) hervorgehoben und darin ein Zeichen sehen wollen, daß er den Anforderungen nicht entspreche; ein Verfahren, welches seine Freunde bei der ihm zu Theil gewordenen ministeriellen Behandlung sehr tadeln, und welches nur der übertriebenste Begriff von amtlicher Discretion hervergerufen haben kann. Der Stadtrath nun hat sofort, in der Erwartung, daß dies genügen werde, Stengel alles Andere vergessen zu lassen, beschlossen, den Gehalt des Polizei-Directors bis auf 2400 Thlr. zu erhöhen und verlangt dazu die Zustimmung der Stadtverordneten und nimmt Gelegenheit, die lehtern auf barsche Weise abzukanzeln, weil sie die Gehaltserhöhungen noch nicht berathen und beschlossen haben. Das war denn doch auch den Geduldigsten zu arg und so kam der einstimmige Beschluss zu Stande, dem Polizei-Director die vollste Anerkennung über seine Amtierung auszusprechen, die Erhöhung aber prinzipiell zu verweigern und dem Stadtrath zu erklären, daß wenn nun der Entwurf des Lokalstatuts mit Begründung der einseitigen Abänderungen nicht bald erscheine, man den Weg der Beschwerde einschlagen werde. So erklären Unterrichtete die Sache, so läuft sie von Mund zu Mund, ein Schicksal, weches die Ergebnisse der geheimen Sitzungen der Stadtverordneten am nächsten Tage stets haben. Wenn dabei nur ein Drittel vom Dem gesagt worden ist, was das Gericht gegen Stadtrath und Minister des Innern gesagt worden sei läßt, so hat man denselben eben nicht geschmei-

helt; besonders sollen sich die zur Polizei-Deputation gehörigen Stadtverordneten (welchen Stengel das ganze Verhältniß offen mitgetheilt) über das Verfahren des Herrn Minister von Falkenstein erklärt haben.

München, 28. März. (F. 3.) In wohlunterrichteten Kreisen verlautet die Nachricht, daß mit künftigem Herbst der Herzog von Leuchtenberg hierher kommen und nimmer nach Petersburg zurückkehren dürfe; er soll geneigt sein Güter in Württemberg oder Österreich sich anzukaufen. — Von allen Bezirken und Thilen des Vaterlandes laufen Nachrichten ein, daß viele bemittelte und unbemittelte Unterthanen thils nach Griechenland, nach Siebenbürgen in Ungarn, größtentheils aber nach Nordamerika auszuwandern gesonnen sind. Unsre Kaufleute und Kleiderhandlungen sind mächtig im Streit, erstere nämlich wollen nicht zugeben, daß letztere mit Euch negociren. Es ist dies ein Ereigniß, an dem die zwei Parteien, aber auch sonst Niemand, Anteil nimmt.

München, 29. März. (N. E.) Fortsetzung des Vortrags des Abg. Frhrn. v. Closen als Referenten des dritten Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die Beschlüsse der Kammer der Reichsräthe aus Veranlassung des Antrags der Reichsräthe Fürsten von Wrede in Betrifft der quarta pauperum et scholarum.) Versammlungen. Gegen Beauftragung von Predigern in eine Kirche wird der Staatspolizei im Allgemeinen kein Widerspruch zugestanden werden können; aber sobald Predigten, wie es bei den Missionen oft der Fall ist, im Freien gehalten, förmliche Volksversammlungen werden, unterliegen sie wohl denselben polizeilichen Bestimmungen, wie jede andere Volksversammlung, und gehören nach denkbaren Anordnungen der Beilage II. zur B.-U. S. 76 unter die Gegenden gemischter Natur *). Unbeachtet kann nicht bleiben, daß diese Missionen häufig Dienstboten, Gesellen ihren Vorgesetzten entziehen, die es kaum wagen dürfen, ihren Untergebenen den Besuch zu versagen. Sagt doch der offizielle Bericht des Königl. Landgerichts Reichenhall (Heft 8 S. 53 der gedruckten Protokolle über die Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe): „Während der Missionsdauer ruhen alle Feldarbeiten und nur ein Individuum bleibt abwechselungsweise zu Hause, um die nöthigsten häuslichen Arbeiten zu besorgen.“ Daß solche Missionen selbst besonders begünstigt wurden durch Aufträge an die Landgerichte, bei Bestimmung gerichtlicher Geschäfte darauf Bedacht zu nehmen, ist bekannt. In einem eigenthümlichen Contraste mit jener Begünstigung, so wie überhaupt mit der Wiedergestaltung von Prozessionen, Wallfahrten &c., steht die bereits oben angeführte allerhöchste Entschließung, welche der beabsichtigten Stiftung eines Jahrestages zur Feier der B.-U. die Genehmigung versagte, damit nicht neue Feiertage entstünden, während es sich dabei nur um Versammlung, nicht von Dienstboten und Gesellen, sondern von wenigen Staatsbürgern zu einer Zeit handelte, wo es keine dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten giebt, mit voller Freiheit für jeden Beteiligten dabei zu erscheinen oder nicht, und während in Folge der nicht aufgehobenen Verordnungen vom 19. August 1819 alljährig an diesem Tage die Konstitutionsmedaille vorzeigezt werden soll, wobei noch in einer Ausschreibung der Königl. Regierung des Oberdonaukreises vom 20. April 1830 bemerkt wird (Döllinger Bd. I. S. 393 fol. 397): „Das unterzeichnete Regierungs-Präsidium erwartet, daß sämmtliche Lokal-Inspektionen in würdiger Begehung dieser Handlung, in zweckmäßiger Entwicklung der durch das Verfassungsgeschenk der Nation gewordenen Wohlthaten wetteifern und auch im Laufe dieses Jahres beweisen werden, daß der Klerus des Oberdonaukreises im Geiste seines würdigen Bischofs in den schönen Aufschwung einstimmt, den Bayern unter der Herrschaft König Ludwigs gewonnen hat.“ Wo ist hier das Gleichgewicht in den staatlichen Bestrebungen? — Allgemeine Bemerkungen. Antrag. Das Resultat aller obigen Bemerkungen ist sonach, die Staatsregierung auf zwei Punkte aufmerksam zu machen. Einmal, daß organisierte Priesterherrschaft nicht im Staate ein Uebergewicht erhalte. Zweiter Punkt: Neben religiösen Gefühlen soll in einem constitutionellen Staate auch vor Allem das Gefühl der Achtung vor dem Geseze, der Achtung der elgenen persönlichen Würde geweckt, genährt, nicht durch staatsrechtliche Theorien eingelernt, sondern, wie es in England der Fall ist, mit der Muttermilch eingesogen, eingesetzt werden. Dahin müssen unsere Institutionen gerichtet sein, deshalb sind für alle Beziehungen des Lebens klare bestimmte Geseze nötig, und deshalb darf die Regierung die Volkserziehung nicht aus der Hand lassen.

II. Antrag. Religiöse Freiheit. Der zweite Antrag war in der Kammer der Reichsräthe mannigfaltig, und zwar besonders aus dem Gesichtspunkte der verfassungsmäßigen Freiheit, über sein Vermögen zu verfügen, bekämpft worden: er ist daher aus sowohl allgemeinen Grundsätzen, als aus dem Gesichtspunkte unserer positiven Geseze zu betrachten. Die Verfechter der allgemeinen religiösen Freiheit, bezüglich auf Erwerbungen von

Klöster, wollen eine ähnliche Freiheit auch andern Religionsthemen zugestehen, führen die Beispiele der freiesten Länder, England und Nordamerika, an: und als der beredteste Vertheidiger dieses Systems trat Graf Arco-Valley mit den Worten auf: „Darum sage ich, Freiheit thut jeder Kirche Noth, aber nicht bloß der Katholischen, sondern auch der protestantischen, und ich wünsche diese ihr im volsten Maße, wie die Engländer sagen: a large and liberal interpretation. Ja, es treffe sie keinerlei Beschränkung, keinerlei Beeinträchtigung, und Dessen bin ich überzeugt, daß ich mit freudigem Gesichte diese Gelegenheit ergreife, um meinen protestantischen Kollegen in dieser hohen Kammer und allen meinen protestantischen Landsleuten meinen innigsten Glückwunsch zu erstatte, daß die Regierung ihnen einige neue Pfarrreien erlaubt hat. Das ist einer starken Regierung würdig. Das Gegentheil stemmt sich höchstens für ein kleinliches Scheizberricht, für eine engherzigte Bureaucratie, aber nicht für ein konstitutionelles Land.“ — Politische Freiheit. Indessen finden wir bei allen Jenen, welche dem Fortschritt huldigen, als Gegenstück der religiösen Freiheit die politische Freiheit. „Religiöse und politische Freiheit über den ganzen Staatsmannes. Wo diese nicht Hand in Hand gehen, die Religion durch ihre Organe, die Priester, der unbedingtesten Freiheit theilhaftig, der Mensch aber in bürgerlichen und staatsbürgerlichen Verhältnissen überall gekettet wäre, könnte zuletzt Priesterherrschaft an die Stelle der monarchischen oder republikanischen Gewalt treten, Familien in ihren Vermögensverhältnissen verkümmern, und der Mensch bei einer solchen ungleichen Ausbildung höchst einseitig, wo nicht zuletzt in dem schönsten Theile seines Wesens, in seiner Geistes- und Charakterausbildung verkuppelt werden. Allerdings dürfen in England und Amerika große religiöse Versammlungen gehalten, Kirchen gebaut, Klöster errichtet werden aus Privatmitteln, ohne Hemmung von Seite der Staatsgewalt; alleia Subskriptionen sind auch unbedingt zu jedem andern Zwecke erlaubt, und der englischen Regierung ist es so wenig ein, die Sammlungen zur O'Connell-Rente, zur Repeal-Kasse zu verhindern, als Sammlungen für Klöster und Kirchen; sie setzt O'Connell's Monsterversammlungen von hunderttausend Menschen kein Hindernis in den Weg. „Gewiß, sagt Graf von Arco-Valley, wird im englischen Parlament kein Antrag gestellt werden auf Beschränkung oder Aufhebung der Klöster, weil eben der Engländer frei geboren ist, weil er frei denkt, frei lebt.“ Wie weit wir aber in Bayern von einer allgemeinen bürgerlichen Freiheit entfernt seien, bedarf wohl keines Beweises.

München, 31. März. (A. 3.) In ihrer heutigen 36sten Sitzung vernahm die Kammer der Abgeordneten nach Bekanntmachung des Einkaufs (woraus unter anderm zu entnehmen, daß 10 Abgeordnete der Pfalz sich die Bitte dortiger Bürger um Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Pressefreiheit als Antrag aneignen) die durch den Abg. Fischer erstatteten Vorträge des zweiten Ausschusses über den Ankauf und Ausbau der München-Augsburger und den Bau einer Lichtenfels-Koburger Eisenbahn. Der Ausschuss begutachtet die Zustimmung zu beiden Gesetzentwürfen, nur bei dem ersten mit der Modification, daß statt der postulirten 2 Mill. Gulden für den Ausbau der Bahn nur 1½ Mill. bewilligt, jedoch der Wunsch auf mögliche Verlegung des Münchener Bahnhofs in die unmittelbare Nähe der Stadt ausgesprochen, und für diesen Fall die Regierung ermächtigt werden soll das Anliehen von 1,500,000 Fl. auf 1,700,000 Fl. zu erhöhen. Darauf wurde die Berathung über den Handels- und Schiffahrtvertrag zwischen Belgien und dem deutschen Zollverein, dann über den Vereinzolltarif für 1846/48 und über die von der Regierung für die Zollverhältnisse der Zukunft postulirten Ermächtigungen eröffnet.

Die Augsb. Postzeitg. und nach ihr die Münch. Pol. Ztg. berichten, daß dem Vernehmen zufolge das von Sr. Majestät dem König angekaufte Kloster Andechs den in München bei St. Bonifacius einzuführenden Benediktinern als Propstei beigegeben werden soll.

Von der Isar, 28. März. (Magd. 3.) Der König hat die Dauer der Session der Landstände bis zum 30. April verlängert und es fragt sich, ob diese Beiträge ausreichend ist, die noch rückständigen Arbeiten zu bewältigen. Wenn auch nicht alle Hoffnungen, welche das in seinen geistigen Interessen so niedergedrückte bayrische Volk auf die Wirksamkeit dieses Landtages setzte, in Erfüllung gehen können, so ist er doch so feuchtbar und merkwürdig, daß wir hoffen dürfen, er werde in seinen Resultaten ein Wendepunkt für den Gang unserer seitherigen Verwaltungen werden. Die erste und zweite Kammer haben die Lage Bayerns fest ins Auge gesetzt und scharf darüber abgesprochen und, was die Haupttheile ist, zum Bessern geschlossen. Dem Rückschritte ist Halt! geboten, wenn auch der jetzige Minister des Innern an der Spitze der Verwaltung bleibt. Deshalb ist der Zorn der ultramontanischen Phalanx so feuersprühd, und er verschanzt sich hinter den Thron und die Kirche, um nicht ganz den Streichen der das Schwert der Wahrheit zückenden braven Volksvertreter zu erliegen. Wie es mit der Möglichkeit der sog. Loyali-

*) Beschränkung oder Aufhebung der nicht zu wesentlichen Theilen des Cultus gehörigen Feierlichkeiten, Prozessionen, Nebenandachten, Ceremonien, Kreuzgänge und Bruderschaften.

tätsadressen der Katholiken zugängl., das liegt jetzt auch dem Könige unverschleiert vor, und man wirft über diesen Ausdruck der Ergebenheit gern einen Schleier... Den letzten Stoss gab die kräftige Adresse der braven Pfälzer gegen die der Dunkelmänner, welche auch in die lebensfröhle Pfalz das Klosterleben wieder verpflanzen wollen. Dieser folgte die Petition, welche Bürger der Pfalz an die Abgeordnetenkammer für Wiederherstellung verfassungsmäßiger Pressefreiheit richteten (siehe No. 79 der Schles. Blg.). Was uns diese Petition über den Zustand der Dinge in Bayern liefert, ist fast in jedem Worte wahr. Die Kammer kann nicht anders, als den braven Pfälzern beipflichten. Nicht wenig gespannt ist man auf die Berathung der Bevölkerung der protestantischen Kirche Bayerns über Unterdrückung ihrer verfassungsmäßigen Rechte. Die Verfassung kennt keinen Vorzug des Katholizismus in Bayern, sondern nur Gleichstellung mit dem Protestantismus.

Landau, 27. März. (N. R.) Der im Auszuge schon mitgetheilten Adresse der hiesigen Stadträthe ist dieser Tage eine zweite, von 75 Katholiken unterzeichnete Bitte um Erhaltung des Friedens und des allseitigen Vertrauens durch Fernehaltung von Klöstern und klosterlichen Instituten gefolgt.

Stuttgart, 29. März. (Fr. J.) Unser Stadtrath hat beschlossen, gegen die Verfügung des Ministeriums der Justiz und des Innern, die öffentlichkeit der Gemeinderathsverhandlungen betreffend, an den Geheimenrat, die höchste Regierungsbehörde des Landes, zu rekurrieren.

Neustadt a. d. Haardt, 31. März. (Fr. J.) Bei einer am verflossenen Sonntag den 29sten d. dahier stattgehabten Beerdigung eines Deutschkatholiken wurde von Seiten der Polizei, als die nächstverwandten Mädchen des Verstorbenen eben beschäftigt waren, den Leichenwagen mit Flor, Blumengewändern und mit einer Urne zu zieren, der Befehl ertheilt, daß nicht nur mit der weiteren Verzierung des Leichenwagens inne gehalten, sondern daß auch alle schon angebrachten Insignien der Trauer augenblicklich wieder abgenommen werden müssten. Auf dem Friedhofe wollte ein Sänger-Chor dem Verbliebenen durch einen einfachen Grabgesang die letzte Ehre erweisen, welches aber ebenfalls durch den hiesigen Polizei-Commissär verboten wurde; da man sich dennoch anschickte, eine Grabs-Hymne anzustimmen, wurden zwei der Sänger, beide geachtete Bürger von hier, verhaftet und durch die Gendarmerie abgeführt. Welches Gefühl aller Gemüther der Anwesenden bei diesem Verfahren sich bemächtigte, läßt sich nicht schildern.

Braunschweig, 1. April. (Brem. B.) Herr Steinacker, Präsident der Ständeversammlung, wurde aus der heutigen Sitzung zu Sr. Hoheit entschieden und hat, wie es scheint, eine längere Audienz gehabt; indem derselbe zum Schlusse der Sitzung noch nicht zurückkehrte, so läßt sich auf eine Besetzung der Streitfrage über den Staatshaushalt ohne das Mittel einer Anrufung des Bundesgerichts hoffen.

Braunschweig, 1. April. (Allz. Pr. B.) Ueber das Schuldenwesen unseres Herzogthums, wie solches sich zur Zeit des Beginns der gegenwärtigen dreijährigen Finanzperiode von 1846 bis 1848 gestaltete, liegen die offenen Auseinandersetzungen vor. Es zerfällt dasselbe in zwei Klassen: A. Kammer-Schulden, welche in 3,025,108 Rthlr. 2 Gr. 1 Pf. bestehen. Für diese Finanzperiode sind behufs Amortisation der Kammerschulden 60,000 Rthlr. in Ansatz gebracht. Das Betriebs-Kapital der herzoglichen Kammerkasse, welche seit Anfang dieses Jahres unter dem Chef der Hauptfinanzkasse steht, ist auf 100,000 Rthlr. festgestellt worden. B. Landesschulden, bestehend in 6,444,349 Rthlrn. 14 gr. 3 Pf. Der Zinsenbedarf für die Landesschuld war in der vorigen dreijährigen Finanzperiode 422,700 Rthlr.; in der gegenwärtigen stellt sich dasselbe auf 688,440 Rthlr., also um 265,740 Rthlr. höher, und zwar betragen die für 1846 veranschlagten Zinsen 223,780 Rthlr. Auf die Amortisation der Kammer- und Landesschulden sind seit dem Jahre 1833 überhaupt 1,138,000 Rthlr. verwandt, und wenn die Landesschuld in der neuesten Zeit durch die auf Staatskosten erbauten Eisenbahnen (wozu 3,573,000 Rthlr. angesehen wurden) wiederum bedeutend vermehrt ist, so unterscheidet sich diese neue Schuld von der älteren Landesschuld wesentlich dadurch, daß die darauf zu zahlenden Zinsen neben den unberechenbaren Vortheilen, welche die Eisenbahnverbindung dem Lande gewährt, durch die Überschüsse des Bahnbetriebes jetzt schon großenteils, in der nächsten Zukunft aber, aller Wahrscheinlichkeit nach, vollständig gedeckt werden. Die obige Vermehrung des Zinsenbedarfs kann nun auf den Abschluß des Staatshaushaltes überhaupt nicht nachtheilig einwirken, sobald der Eisenbahnbetrieb eine Rente von 3½ p. Et. (zu welchem Zinsfuß nämlich die Eisenbahn-Anleihe von 3,573,000 Rthlr. beim herzoglichen Leihhause bewerkstelligt wurde) abwirkt.

D e c k e r r e i c h .

Wien, 27. März. (Schw. M.) Die neuesten Nachrichten aus St. Petersburg melden, daß die abermalige früher beabsichtigte Reise des Kaisers Nikolaus nach Italien, um die Kaiserin abzuholen, nun unterbleiben

und Ihre Maj. die Rückreise aus Italien ohne den Kaiser antreten wird.

Wien, 28. März. (A. B.) Die Sitzungen der niedersächsischen Stände haben bereits begonnen. Gegenstand der Verhandlungen ist gegenwärtig die Reform der Patrimonialgerichtsbarkeit, von welcher ein Zweig, nämlich die Criminaljustiz, abgetrennt und in den Bereich der kaiserlichen Verwaltung gezogen werden soll. — Der Obrist Fürst Friedrich v. Schwarzenberg soll die früher dem Feldmarschall-Lieutenant Grafen Castiglione zugedachte Bestimmung nach Lemberg erhalten.

† Wien, 3. April. — Auf folge einer dieser Tage herabgelangten allerhöchsten Entschließung Sr. Maj. des Kaisers wird das unter dem Commando des Feldmarschall-Lieutenants Grafen v. Wrbna in Mähren und Schlesien aufgestellte mobile Truppencorps wieder aufgelöst. Graf Wrbna wird schon in einigen Tagen von dort abgehen und hier seine früher commandirte Division übernehmen. — Der Staats- und Conferenz-Minister, Graf Ficquelmont, hat Wien vor 4 Tagen verlassen, um sich nach Berlin zu begeben, man sagt im Betreff der polnischen Angelegenheiten.

Lemberg, 23. März. (N. C.) Außer einigen an sich unbedeutenden Ereignissen, als da sind: eine beabsichtigte Plünderung des Marktes Baronow im Larznower-, des Städtchens Frystack im Jaslawer Kreise in den drei Tagen vom 10ten bis 13. März und ein neuerlich versuchter Anmarsch von Tuchow aus auf Larznow, unternommen von 200 wahrscheinlich aus dem Krakauer Gebiete geflüchteten Rebellen, welche die Bauern um Tuchow durch Zwangsmahregeln jeder Art zur Theilnahme bestimmten, von den letzteren jedoch, wie gebräuchlich, theils getötet, theils gefangen wurden, sobald die geprägte Bauernschaar die Bajonetts des österreichischen Militärs erblickte — ist die in den übrigen Kreisen des Landes allmälig wiederkehrende Ruhe nirgends auf eine bemerkenswerthe Weise gestört worden. Das nach einer solchen Krise einzelne ephemere Scharmügel und Raubansfälle statthaben, versteht sich von selbst, sie sind nur die Nachwirkungen vorangegangener Ursachen. Wie verlautet, sind auch schon 13 Vagabunden, welche auf eigene Rechnung Plünderungsversuche unternahmen, standrechtlich behandelt worden.

Von der russischen Grenze, 25. März. (A. B.) Die Untersuchung mit den Verhafteten schreitet rasch vor, und wir dürfen in Würde die Bekanntmachung ihrer Resultate erwarten. Man hat drei Kategorien, in welche die Inquisiten in den Urtheilen gereiht werden sollen, festgesetzt, die zwar von den Gerichten anders bezeichnet werden, der Wirkung nach aber mit folgendem zusammenfallen. Die erste Classe bilden diejenigen, welche als Rädelsführer ein Todesurtheil zu gewärtigen haben; diese Classe wird zwar zahlreich sein, allein man vermuthet, daß die Strafe nur an sehr wenigen werde vollstreckt werden. Die zweite Classe bilden diejenigen die zu längerer oder kürzerer Kerkerstrafe verurtheilt, die dritte diejenigen die zur Ausweisung nach entfernten Ländern bestimmt werden sollen. Viele der minder Angeschuldigten dürften nach einiger Zeit ganz frei ausgehen.

Von der ungarischen Gränze, 29. März. (N. C.) Durch lgl. Entschließung sind alle Bestimmungen des auf dem letzten Reichstage erlassenen Religionsgesetzes, wovon die nichtunirete griechische Kirche ausdrücklich ausgenommen war, auch auf diese ausgedehnt worden. Die Freude ihrer Bekenner ist nunmehr allgemein. Der Uebertritt zu irgend einer der anerkannten nichtkatholischen Kirchen kann nun gleichmäßig leicht erfolgen. Diese Verfügung beschränkt sich natürlich bloß auf Ungarn. —

M u s s i s c h e s R e i c h .

St. Petersburg, 26. März. (Sp. B.) Seit kurzem befindet sich hier eine Deputation des litauischen Adelscorps, die sich gleich nach ihrer Ankunft einer sehr huldvollen Audienz bei dem Kaiser zu erfreuen hatte. Mit Beziehung einiger Staatsbeamten bildet sie eine Commission, die sich über mehrere örtliche Verhältnisse ihrer Provinz, namentlich über die künftige Stellung der dortigen Bauern zu berathen hat, um in diesen Beziehungen feste Grundlagen zu entwerfen.

F r e i e S t a d t K r a k a u .

Krakau, 26. März. (D. A. B.) Ich habe schon früher erwähnt, daß von den Juden des Kazimierz kein einziger wegen Theilnahme an der Revolution vor der Untersuchungskommission gezogen wurde. Wenn viele von ihnen der Revolution ein glückliches Gedächtnis wünschten, so war es meist aus religiösen Interessen, in welchen sie sich unter der bisherigen Regierung bestätigt glaubten. Der Senat hatte eine Verordnung erlassen, daß kein Jude, der sich deutsch kleidet, vor den 30sten Jahr beirathen darf. Die polnischen Juden beirathen aber ihrem Geseze gemäß vor dem 18ten Lebensjahr, und die Heirathscandidaten in Krakau nahmen daher vor der Hochzeit die deutsche Kleidung an, um sie gleich nach der Hochzeit mit der jüdischen zu vertauschen. Während der Revolution wußten diese Heirathscandidaten nichts Eiligers zu thun, als die jüdische Tracht wieder anzulegen! Diese Freude dauerte freilich nicht lange.

F r a n k e r e i c h .

Paris, 30. März. Der Erzbischof von Paris hat einen Hirtenbrief an sämtliche hiesige Pfarrer gerichtet, um sie zu Gebeten und Andachtsübungen für „die unglücklichen Polen“ aufzufordern. Gleichzeitig ersucht er sie darin, die Theilnahme ihrer Kirchspielaangehörigen so viel als möglich zu wecken, damit sich der Herr der Heerschaaren der Unterdrückten erbarme.

Das Journ. d. Déb. veröffentlicht 3 Briefe, von denen der erste aus Lemberg vom 17. März, der zweite aus Krakau vom 21. ej. und der dritte aus Posen vom 22. ej. datirt ist. Sie enthalten — wo möglich noch fürchterlichere Erzählungen von den polnischen (namentlich galizischen) Bauern gegen ihre Grundherren verübten Grausamkeiten, als die deutschen Zeitungen. Das Journal begleitet diese Blutberichte mit keiner Zeile Be trachtung.

Der Constitutionnel erzählt mit Besorgniß, daß die Ingenieure bereits beschäftigt seien, den Plan zu der berüchtigten Kanonenburg Canonville, zwischen Vincennes und dem Marneflusse, zu dressiren. Jetzt sei es um die Freiheit der Pariser geschehen.

Paris, 31. März. In der Deputirtenkammer wurde heute die gestern eröffnete Debatte über den Handelsvertrag mit Belgien fortgesetzt. Bei der gestern stattgehabten monatlichen Organisation der Bureau der Deputirtenkammer, erhielten die conservativen Candidates in allen Büroua die Majorität.

Nach dem National sollen in Limoges Unruhen stattgefunden haben, als die Behörde einige Manifestationen zu Gunsten Polens verhinderte.

In diesem Augenblick, so versichert die Reform, befinden sich im Fort Vincennes 500 Kanonen, 300,000 Flinten und 200,000 Säbel, und die Pulverspeicher enthalten 4 Millionen Patronen und 1200 Kilogramme Pulver. Binnen 48 Stunden kann dieser ungeheure Kriegsvorrath in die sechzehn Bastillen, welche Paris umgeben, verheist werden.

General Jacqueminot ist zum Oberbefehlshaber aller Nationalgarden des Seinedepartements, und Hr. Merillou, gewesener Siegelbewahrer, zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt worden. Hr. Guizot und Hr. Pasquier haben vom Könige von Neapel das Großkreuz des St. Ferdinandsordens erhalten.

Die Unterzeichnung für die polnischen Insurgenten hat gestern folgenden Stand erreicht: in Paris 128,287 Fcs., in den Departements 67,236 Fcs. Sämtliche eingegangene Beiträge werden vorläufig in die Cassa des Hauses Gouin und Compagnie niedergelegt und mit 4½ p. Et. verzinst. Von diesen Unterzeichnungen, die unablässig und in ganz Europa fortgesetzt werden sollen, soll Nichts angegriffen, sondern ein großes Capital gebildet, die Zinsen alljährlich zum Capital geschlagen werden, so daß binnen 10 Jahren mehrere Millionen disponibel wären, die zur Erlangung der Nationalität und Unabhängigkeit Polens den ersten Fond bilden sollen.

Die Débats geben heute das von dem Papst Gregor XVI. an den Bischof von Tarnow gerichtete encycliche Schreiben, unterlassen aber nicht es zu critisiren, vorgebend, Se. Heiligkeit hätte eher den Stärkeren Milde als den Schwächeren Unterwerfung annehmen sollen.

Die Regierung soll durch telegraphische Depesche die Nachricht erhalten haben, daß der Arabchäuptling Abd el Charabi von dem Kriegsgericht zu Algier des Hochverrats schuldig befunden und zum Tode verurtheilt sei, worauf hier in Paris ein Minister-Rath zusammenberufen wäre, um zu erwägen, ob dies Urteil vollstreckt oder gemildert werden sollte.

Der russische Gesandte am preussischen Hofe, Baron von Mayendorff, wird, wie der Constitutionnel meldet, in einer besonderen Mission hier erwarten, welche demselben von seiner Regierung mit Hinsicht auf seine fehlbare Function, als russischer General-Consul in Paris, anvertraut sein soll, und die sich auf den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Russland und Frankreich bezöge.

Eine Corvette und eine Brigg haben den Befehl erhalten zur Verstärkung des Geschwaders vor Hali abzugehen. Die Blokade der Insel soll nun beschlossen sein.

Aus dem Elsaß, 29. März. (Fr. J.) Der Friede in den Simultankirchen, welcher seit einem Jahre ungefähr künstlich aufrecht erhalten wurde, ist in der letzten Zeit wieder an vielen Orten gestört worden und nur dem umsichtigen Benehmen der Stadtbüroden, weniger aber dem versöhnenden Sinne der Geistlichkeit haben wir zu danken, daß die Excesse nicht

(Fortsetzung in der Beilage.)

Erste Beilage zu № 82 der privilegierten Schlesischen Zeitung.

Dienstag den 7. April 1846.

(Fortsetzung.)

zu grösseren Unordnungen Anlass geben. Bei der am 25. d. M. stattgefundenen Einweihung eines gemischten Gotteshauses im Unteressa kam es in der Kirche selbst zwischen den beiden Geistlichen und dem Gemeinderath zu Streitigkeiten ernster Art, so daß die Einsegnung beinahe hätte unterbleiben müssen. — Die Unterzeichnungen zu Gunsten der Polen finden bei uns einen sehr schwachen Fortgang. Von den nach dem Elsaß gekommenen Polen, die an dem jüngsten Aufstande Theil genommen, haben bereits die meisten ihre Reise nach dem Innern Frankreichs fortgesetzt.

(N. C.) Die neu angekommenen polnischen Flüchtlinge beschäftigen sich mit der Ausarbeitung einer aktentümlichen Darstellung der ganzen Bewegung, ihrer Ursachen und Folgen, die in französischer, englischer und deutscher Sprache zu gleicher Zeit in Paris, Brüssel, London und der Schweiz erscheinen soll. Rogawski und seine Kollegen schieben die Schuld des Misshandlungs der Bewegung nicht nur auf das entfesselte Element des Bauernaufstandes gegen die Eoelleute, sondern auch vorzüglich auf den Herrath, den sie übrigens nicht etwa der französischen Regierung, sondern ihren eignen Landsleuten, namentlich der aristokratischen Partei zur Last legen, die, in die Pläne der Demokraten nicht eingewieht, doch etwas errathen und durch Fanfaroraden und Schwachhaftigkeit die Aufmerksamkeit der verschiedenen Polizeien auf das Unternehmen geleitet habe.

Spanien.

Madrid, 25. März. Der Conseilpräsident, General Narvaez, hat eine lange Conferenz mit mehreren Bischoßen gehabt; man besprach sich über die Mittel zur Dotiration des Klerus. Baron Renduff ist vom Conseilpräsidenten in Privataudienz empfangen worden. Der Justizminister hat die Gerichtsbehörden durch ein Circularchreiben angewiesen, ein wachsam Auge auf die Presse zu halten; er bemerkte dabei, die Minister hätten keinen andern Zweck als dafür zu sorgen, daß die Presse nicht, wie bis dahin, Vergerniß gebe und zur Brandstiel der Zwietracht im Lande werde. Dem Gericht von der Wiederherstellung der königl. Garde wird als ungegründet im Heraldo widergesprochen. — In diesen letzten Tagen sprach man von Unordnungen auf einigen Punkten Galiziens, von Absendung von Truppen, von Absehung einer Anzahl Generale und an deren Präventivmaßnahmen. Diese Gerüchte waren nicht ganz ohne Grund. In Lugo haben die Behörden Vorrichtungsmaßregeln treffen zu müssen geglaubt, wobei wenn eine Störung der Ordnung zu befürchten wäre. Durch die Aenderung des Ministeriums waren die Gemüther sehr aufgeregzt worden.

Der Generalissimus Narvaez wird das Presse-Gesetz nicht erleichtern. Im Gegenthell ist der neue Regent fest entschlossen, sein Machtdescrat in möglichst rücksichtsloser Art durchzuführen. „Espectador“, „Clarior publico“, „Eco del commercio“ und „Universal“ sind vor die Gerichtsgerüte gesondert, um sich wegen der Artikel zu verantworten, worin sie erklärten: „die Verfassung sei umgestossen!“

(B.-H.) Man erwartet, daß die Königinnen im Mai eine Reise in die baskischen Provinzen machen, wo dann die Vermählung mit dem Grafen Teapani vor sich gehen wird. Andere meinen, dieser Plan sei aufgeschoben, denn man weiß, daß Narvaez ihm nicht geneigt ist und denselben nur weil er muß und Christinen wegen anscheinend unterstützt. Sein starkes Selbstgefühl ist gekränkt durch die Art, wie Graf Bresson und Fürst Catini seinen letzten Austritt aus dem Ministerium aufnahmen, wo sie zu verstehen gaben, man werde auch ohne ihn mit dieser Heirath fertig werden. — Die Bestrebungen, eine Majorität in den Cortes zu erhalten, sollen Erfolg versprechen (!) und die gegenwärtigen Cortes noch wieder versammelt werden, um das Budget vor Abreise der Königin zu votiren. Das heißt, wenn man es der Wahrheit halte, denn das Volk bezahlt auch ohne diese Formalität.

Großbritannien.

London, 31. März. — Gestern wurde in beiden Häusern, im Oberhause vom Herzog von Wellington, im Unterhause von Sir R. Peel, angeläufigt, daß die Regierung am nächsten Donnerstag ein Dankvotum für den General H. Smith wegen seines bei Aliwal über die Shikhs gewonnenen Sieges beantragen werde. Die Verhandlungen der Lords boten sonst kein erhebliches Interesse; im Unterhause entspann sich dagegen eine ausgedehnte Debatte über den Antrag Sir James Grahams, die Lagesordnung, welche die Berathung der neuen Zoll-Maßregeln besagte, umzustossen und die vom Oberhause überwiesene sogenannte irändische Zwangsbill im Betracht zu nehmen. Die Minister sahen sich von einem Theil der liberalen und der Tory-Partei dieserhalb angegriffen, doch ergab die endliche Abstimmung diesmal noch ein günstiges Resultat. Der Antrag des Ministers ward mit 147 gegen 108, also mit 39 Stimmen Majorität, angenommen. Sir James Graham beantragte hierauf sofort die erste Lesung der

irändischen Zwangsbill und motivirte die Notwendigkeit derselben durch eine ausführliche Darstellung der in Irland vorsfallenden Gräueltaten, Mordthaten, Verauungen etc. Den irändischen Mitgliedern des Hauses gelang es indes, die Vertagung der weiteren Erörterung der Bill zu bewirken.

Aus Irland laufen traurige Berichte über die steigende Noth und die Besorgniß erregende Stimmung des Landvolks ein. In der Grafschaft Galway brach in einem Dorfe ein furchtbarer Aufstand aus, indem das hungrige Volk ein mit Getreide beladenes Boot auf den Shannon plündern wollte. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, das Volk zu beschwichtigen, indem man Geld unter arme Leute vertheilte. Schreitet das Gouvernement nicht wirksam zur Unterstüzung der Armen ein, so ist das Uergste noch zu erwarten.

Der bekannte Missionär Wolff prophezeilt auf den Grund seiner an Ort und Stelle gesammelten Kenntnis von der Lage der Dinge im Pendjab, daß das britische Heer, sobald es erst in das Land eingedrungen sei, leichtes Spiel haben werde, da die Muhammedaner und Hindu im Pendjab aus religiösen Ursachen die Sehiks, welche sie despotisch beherrschen, gleichmäig hassen, und sich gewiß gleich zu den Engländern schlagen werden, sobald sie die Sehiks nicht mehr zu fürchten haben. Hr. Wolff räth die Besitznahme des Pendjab und die Überlassung Peshawars an die Afghane an; durch den Besitz Kasomits würde England in den Besitz der Thore von Thibet, Kasgar, Khokand, Samarcand und Buchara sein und nicht nur den Tod Connollys und Stoddarts rächen, sondern auch 200,000 in Buchara gefangene Perse befreien können; die Afghane aber werden nach der Cession Peshawars Englands feste Freunde sein.

Niederlande.

Venlo, 29. März. Es ist hier die offizielle Nachricht eingetroffen, daß preußische Gouvernement habe zu gegeben, das die preußischen Steinkohlen ohne Bezahlung von Steuer aus Preußen in Limburg und von da wieder in Preußen eingeführt werden können.

(Amstr. H.)

Belgien.

Brüssel, 1. April. Endlich gestern Nachmittag brachte uns eine außerordentliche Beilage des Moniteur die königl. Beschlüsse, welche der Ministerkrisis ein Ende machen. Dieselben nehmen die eingereichten Entlassungen nur Seitens der beiden liberalen Minister van de Weyer und D'Hooffschmidt an; die andern katholischen Mitglieder des alten Kabinetts bleiben. Neu eintreten: der Chef der katholischen Partei Graf de Theux als Minister des Innern, und der bisherige General-Sekretär der Staatsbauten, de Bayon, als Minister dieses Departements. Zum Kriegsminister statt des seit dem 27. Febr. frankheitshalber zurückgetretenen General Dupont, tritt General Prisse ein. — Wir haben also ein entschieden katholisches Ministerium. Die liberalen Blätter freuen sich dessen, da hiemit die gemischte Politik für immer begraben sei.

Italien.

Aus Italien, 26. März. (N. A.) Der commandirende General in Italien Graf v. Radetzky hat eine Verstärkung von sieben Regimentern begehr. Mehrere Schildwachen sollen in Mailand getötet gefunden werden. Die Elemente der Aufregung haben sich diesmal in der Schweiz, im Kanton Tessin gesammelt, an dessen Regierung bereits eine reclamirende Note des Mailänder Gouvernments ergangen ist.

Rom, 19. März. (Rh. B.) Wahrscheinlich wird der Ausflug des Großfürsten Constantinus nach Toulon unterbleiben. Man behauptet, die wechselseitigen Verhältnisse zwischen Frankreich und Russland möchten in kurzem, anstatt sich feindselig zu gestalten, noch schroffer werden, weil man jetzt bestimmt wissen will, daß Niemand anders als Hr. Rossi die Aussage der vorgebliebenen Lebtissen von Minsk nach Frankreich geschickt hat, um sie durch die dortigen Blätter zu grossem Ärger der russischen Regierung veröffentlichen zu lassen. Selbst von Seiten des römischen Hofes wird dieser Verdacht gegen Hrn. Rossi tatsächlich laut erhoben, so daß er nicht allein einen schweren Stand hier haben, sondern vielleicht sogar genötigt sein wird, seinen hiesigen Posten aufzugeben. Das Gericht, dem zufolge Hr. Rossi zum Range eines Botschafters erhoben werden sollte, ist ohnehin schon verstimmt. — Die polnische Insurrektion wird vom römischen Hofe stark missbilligt, weil man fürchtet, daß die Unterhandlungen mit Russland darunter leiden könnten. Es sollen dem polnischen Klerus verschärft Instruktionen gegeben werden, sich von politischen Untrieben fern zu halten.

Rom, 23. März. (D. A. B.) Der Papst soll die Lebtissen der Basilianerinnen von Minsk, welche auf die Note des Hrn. v. Buteniew zu antworten beabsichtigte, von jedem weiteren Schritt in einer Sache abgezahnt haben, die er beruhen zu lassen wünsche und in der Gort der höchste Richter sei.

Durch den Tod der Fürstin Piombino sind die Fa-

milien fast sämtlicher römischer Principi in conventionelle Trauer versezt worden, denn fast allen war sie verwandt. Dieser Trauer ist es zuzuschreiben, daß auch die sonst erlaubten Fastenvergnügungen diesmal bei uns ganz fehlen.

Omanisches Reich.

Von der türkischen Grenze, 17. März. (A. Z.) In Belgrad werden Vorbereitungen getroffen um den Sultan, der auch Serbien besuchen will, zu empfangen. Briefe aus Konstantinopel melden, daß Se. Ho. den österreichischen Staatskanzler, Fürsten von Metternich, zu einer Zusammenkunft in genannter Stadt eingeladen habe. Daß ein kaiserlicher Erzherzog zur Begrüßung des türkischen Kaisers sich in Belgrad einfinden soll, wird aus Wien als gewiß berichtet. Die zwei bekannten Inseln auf dem See von Slobra (Lessandria und Bronna) sind noch immer in den Händen der Türken; es ist bekannt, daß die letzteren durch einen Gewaltstreich in ihren Besitz gelangten, und daß sie seit der Zeit sich alle Mühe geben, um durch angelegte Befestigungen diesen Besitz für die Zukunft zu sichern. Ja Konstantinopel waren Briefe von Teheran eingelangt, welche melden, daß der dortige russische Gesandte, Hr. v. Medem, seinen Nachfolger auf dem persischen Gesandtschaftsposten am 22. Febr. installirt hatte, und daß Hr. v. Medem sich zur Abreise von Teheran anschickte.

Berichte aus Beyrut vom 6. März im Osservatore Triestino melden: „Die Auflösung von Bekits für die Christen in den vermischten Bezirken Syriens, hat die Verfolgungen durch die Drusen nur vermehrt, weshalb auch die Christen dem Schelik Effendi eine Vorstellung dagegen einreichten. So wurde im Arku eine Frau gemordet, deren Haus geplündert und deren Güter dann von dem Mukatadshi Amad in Besitz genommen. Falsche, von den Mörfern selbst deponierte Zeugenaussagen kamen Letzteren zu Hülfe. Kein bermittelter Christ wagt mehr nach seiner Heimat zurückzukehren. Die Familie Glubat hat sich sogar die Besitzungen der Geistlichkeit angeeignet. Die Bekits, welche häufig von dem Mukatadshi abhängen, sind außer Stande, dem Narren zu steuern. Bei der Entwaffnung des Libanons haben Drusen, Lücken und Mützen nicht mehr als 700 Gewehre ausgeliefert; die Commission fragt auch nicht weiter darnach. — Die zur Vertheilung der Entschädigungsgelder an die christlichen Einwohner des Libanons festgesetzte Commission ist zum Werke geschritten. Es kommen nun 2000 Beutel auf 13,000 Entschädigungsparateien zu vertheilen; die im Jahre 1841 von den Drusen angerichteten Schäden belaufen sich auf 65,000. Im Ganzen sind 3500 Beutel für Drusen und Christen als Schadloshaltung angewiesen; doch gibt die Art der Reparation hierbei beiden Theilen zu Beschwerden Anlaß. Auch die Errichtung der laufenden Steuern wird den Christen im Libanon unmöglich, da sie größtentheils entweder ihre Grinde verloren oder Plunderungen erfahren hatten. — Die Straßen bei Libarias sind durch die Einfälle der Nomaden fortwährend unsicher; letztere rauben dem Landvolke seine Centen und jagen selbst den Stadtinwohnern Schrecken ein; verschiedene Detachements von beurlaubten Soldaten durchziehen in ähnlicher Weise das Land; auf der Straße von Latochia nach Tripolis ist ein Pilger österreichischer, mährischer oder preußischer Nation ermordet worden, ohne daß die Behörden die Urheber hiervon hätten entdecken können.“

Östrieien.

Die Berichte der neuesten Ueberlandpost, welche Bombay am 3. März verlassen hat, sind in der ungewöhnlich kurzen Zeit von 28 Tagen nach London befördert worden, und Londoner Morgenblätter vom 31. März theilen bereits ausführliche Details derselben nach den Bombay Times mit. Sie betreffen einen neuen und, wie es scheint, so gut wie entscheidenden Sieg, den die Engländer am 10. Februar über die Shikhs davongetragen (s. Schles. Z. No. 81 unter Paris) und dessen nächstes, freilich durch ein ungemeines Menschenopfer erkauftes Resultat darin besteht, daß die Shikhs völlig über den Seelensch zurückgetrieben sind und das ganze britische Heer am 14. Februar in den Pendjab eingetragen ist, dessen Hauptstadt Lahore, wie man glaubt, am 24. Februar in den Händen der Engländer der sein wird. Nach der (bereits bekannten) Telegrafen-Depesche soll sogar unmittelbar nach der Schlacht vom 10. Februar eine Ueberlelung abgeschlossen sein, derzufolge die Shikhs sich verpflichten, in vier Jahrestermine der ostindischen Compagnie zur Erfüllung der Kriegskosten 1,500,000 Pfst. zu bezahlen, welche Zahlung durch militärische Occupation des Pendjab verbürgt werden soll. Im Allgemeinen wird dies durch die weiter unten zu erwähnende Proclamation bestätigt, welche Sir Henry Hardinge am 14. Februar erlassen hat. Der Verlust der Engländer in der Schlacht vom 10ten Februar betrug 2,383 Mann, worunter 13 getötete und 101 verwundete europäische Offiziere und 303 getötete nebst 1913 verwundeten Unteroffizieren

und Soldaten. Geblieben sind Gen.-Major Sir R. Dick, Brigadier Taylor und Oberst-Lieutenant Rayn, zwei Hauptleute, neun Lieutenants und drei Fähnrichen. Das 53ste und das 62ste britische Infanterie-Regiment haben besonders gelitten. Den Verlust der Sikhs, von denen sehr viele ertranken, giebt man auf 10,000 M. an. Ihr gesammtes Lager nebst 67 Geschützen fiel den Siegern in die Hände. Aus der Proclamation des General-Gouverneur vom 14. Februar geht hervor, daß es für jetzt wenigstens nicht die Absicht der britischen Regierung ist, sich des Pendjab zu bemächtigen. Sir Henry Hardinge erklärt nämlich, daß es nur die Absicht sei, die jetzt vollkommen besiegt Truppen der Sikhs für die Zukunft unschädlich zu machen; es sollen deshalb die Kriegskosten von denen bezahlt werden, welche den Krieg provocirt haben und bis dahin das Land von britischen Truppen besetzt bleiben; sobald dies geschehen und eine starke Regierung eingesetzt ist, werden die britischen Truppen den Pendjab räumen, mit Ausnahme der Provinzen zwischen dem Setaisch und Beas, welche in das Eigentum der ostindischen Compagnie übergehen. — Die ganze Sindic-Armee hatte seit den letzten Berichten andere Bestimmung erhalten. Sir Charles Napier, auf den Befehl, sich ohne Verzug mit dem Generalgouverneur zu vereinigen, verließ, nachdem er die Civilverwaltung Sinders in die Hände des Generals Sampson gelegt, die Militairverwaltung dem General Hunter übertragen hatte, Suttkur am 10. Anstatt nach Mithencote zu rücken, um dort während der heißen Jahreszeit Quartier aufzuschlagen, sind die Truppen nun beordert, zum Theil innerhalb 50 Meilen sich Bahawulpore zu nähern, zum Theil nach Ferozepore zu marschieren. Die Division ist nun in Brigaden eingetheilt und besteht aus drei europäischen und acht Sepoyregimentern, mit dem Beludsch-Bataillon, zwei Regimenten regulärer und einem irregulärem Reiterei, drei Escadrons reitender und vier Batterien Fuß-Artillerie, im Ganzen aus 15,000 streitbaren Mann mit ungefähr dreißig Stücken Geschütz. Alle Truppen in Indien rücken nordwärts, das Land ist sehr ruhig. Die britischen Streitkräfte am Sutledge, von Mithencote bis Umballah, zählen 60,000 Mann. Nach dem eben gemeldeten Siege bei Sebras, dem Brückenkopfe der Sikhstreitmacht dieses Teils des Sutledge, soll ein Arrangement geschlossen werden sein, welchem zufolge die Sikhs sich verbunden haben, in vier jährlichen Terminen der Compagnie für die Kriegskosten anderthalb Mill. £ster. zu bezahlen, deren Zahlung durch militärische Occupation des Landes gesichert werden sollte. Der Generalmajor Smith, ausgerechnet durch den von ihm erfochtenen Sieg bei Alcewal, nahm auch an der Schlacht bei Sebras entscheidenden Anteil. Dieselbe war furchtbar. Die Geschüze wurden auf beiden Seiten vortrefflich bedient, die Luft erzitterte von dem fortgesetzten Donner von mehr als hundert und zwanzig Geschützen. Die Positionen der Sikhs waren äußerst fest, und obgleich das britische Geschütz schwersten Calibers, mit großer Geschicklichkeit gerichtet, große Verwüstungen anrichtete, so mußten die Briten doch zum Angriff mit dem Bayonnet schreiten, welcher denn auch mit dem vollständigsten Erfolge gekrönt wurde. Die Schlacht begann um 6 Uhr morgens und endete um 11 Uhr Vormittags. Die Bayonettschlägen begannen um 9 Uhr und dauerten bis zum Ende der Schlacht. Nach dem Siege wurden die Abgesandten des Goolab Singh vor den Generalgouverneur gelassen, und da soll das oben berichtete Arrangement getroffen worden sein. — Die neuesten Berichte aus Lahore selbst wissen nur von der allgemeinen Uneinigkeit zu erzählen, welche die Nachricht von den Erfolgen der Engländer einerseits und das Erscheinen Gulab Singhs mit seinen Bergvölkern andererseits hervorgebracht hatten. Die Königin Mutter war einem Plane Gulab Singhs auf die Spur gekommen, sie und den Maharadscha abzusehen und als Wezier im Namen der auf den Thron zu erhebenden Kinder Schir Singhs zu regieren. Die Ranib sah darauf den Entschluß, sowohl Gulab Singh, als die Kinder Schir Singhs ermorden zu lassen. Endt aber entging der Schlinge, und die Ranib sah sich sogar genötigt, seine Uebermacht anzuerkennen und ihn zum Wezier zu ernennen. Mittlerweile trafen immer bedrohltere Nachrichten vom Settletch über die Erfolge der Engländer ein, während zugleich Insurrektionen im Innern ausbrachen, und Gulab Singh sah sich dadurch veranlaßt, mit Genehmigung des Durbar, Gesandte an Sir Henry Hardinge zu schicken, um Unterhandlungen anzuknüpfen. Diese Gesandten kehrten unverrichteter Sache zurück, Gulab Singh selbst, gedrängt, sich an die Spitze des Heeres zu stellen, weigerte sich dessen, weil sein Abgang das Zeichen zum Aufstehen sein würde, und man fand sich nach den letzten Berichten aus Lahore in völliger Ratlosigkeit, zumal da man nun auch die Kunde von den Unterhandlungen des Chefs Multan mit Gen. Napier erhielt. Am 2ten Februar war man bemüht die Hauptstadt in Vertheidigungszustand zu setzen.

Miscellen.

* Berlin. Jenny Lind hat von der kaiserl. russ. Familie eine schmeichelhafte Einladung nach Petersburg erhalten, wo sie zur Zeit der Vermählung der Groß-

fürstin Olga mit dem Kronprinzen von Württemberg die hohen Gäste auch durch ihre Stimme erfreuen soll.
* Die Frequenz deutscher Universitäten war nach einer Mittheilung der Hall. Akad. Lit. - Ztg. im Winterhalbjahr 1845/46 folgende: Berlin 1608, Bonn 674 (außerdem 35 Nicht-Immatrikulirte), Gießen 488, Halle 742, Heidelberg 839 (einschließlich der Cameralisten), Jena 425, Kiel 205, Königsberg 335, Leipzig 825, Marburg 227, München, mit Erschluß von 14 Cameralisten, 8 Philologen, 41 Pharmaceuten, 7 Architekten, 44 Forst-Candidaten und 1 Techniker, 1417, Münster 260 (einschließlich mehrerer zum Hören der Vorlesungen Berechtigten), Tübingen, mit Erschluß der 130 Studirenden der Staatswirthschaft, 890, Würzburg 464 und Zürich 159. Über die Hochschulen in Breslau, welche im verflossenen Winter-Semester 770 immatrikulirte Studirende (69 ev. Theol., 216 kathol. Theol., 165 Juristen, 123 Mediciner, 197 Philosophen, Philologen u. c.) und 64 solche zählte, die zum Hören der Vorlesungen berechtigt waren, Erlangen, Freiburg, Götingen, Greifswald und Rostock findet man in der oben genannten Lit.-Zeit. keine Angaben. Die Zeitungen haben über die Frequenz derselben zu Anfang des Semesters bereits berichtet.

Erster, 30. März. Die in unserm Blatte nach der Aussage eines Schiffers gemachte Mittheilung von einem traurigen Ereignisse, das sich am verflossenen Freitag auf der Saar in der Nähe von Saarlouis zugetragen, bestätigt sich leider nur allzusehr. Wir lassen einen der uns hierüber zugegangenen Berichte sprechen, der also lautet: „Saarlouis, 28. März. Ein schreckliches Unglück hat sich gestern Morgen zwischen 9 und 10 Uhr ganz in der Nähe unserer Stadt zugetragen. Die mit mehr als 50 Personen und zwei mit fünf Pferden bespannten Leiterwagen beladene Fähre, welche die Verbindung der beiden Saarufer bei Ensdorf unterhält, versank plötzlich, als sie eben an das diesseitige Ufer anlegen wollte. Die Ursache dieses unheilvollen Ereignisses wird auf verschiedene Weise erzählt; die Wahrheit wird wohl erst die bevorstehende gerichtliche Untersuchung ermitteln. Die Verunglückten sind meistens Frauenzimmer aus Püttlingen im Kellertale und den benachbarten Dörfern, welche in die Stadt kommen wollten, um den Wochenmarkt zu besuchen. Wenige nur konnten sich selbst retten, oder durch andere gerettet werden. Seit gestern sind bereits über zwanzig Leichen an verschiedenen Punkten der Saar aufgefunden worden, und es dürfte diese Zahl leider kaum die Hälfte der Unglücklichen sein, die in den Wellen einen frühen Tod gefunden. Die Consternation in Stadt und Umgegend ist allgemein. Unter den zahlreichen Familienmüttern, welche dabei verzöglichen, befindet sich auch die Frau des Schulmeisters von Ensdorf. Dieser beklagenswerthe Mann fuhr gestern den ganzen Tag mit den Schiffen in einem Nachen auf der Saar umher, um die Mutter seiner sieben oder acht unerzogenen Kinder aufzusuchen, indem diese Armen am Ufer standen und jammerten und wehklagten. Erst diesen Abend wurde man der Leiche habhaft. Herzzerreisend war der Anblick, den dies Schauspiel gewährte.“ (Dr. B.)

Elbing, 24. März. (D.D.) — Der lutherische Pfarrer einer hiesigen Gemeinde wurde am 18. d. M. zu einem 14 Tage alten im Absterben liegenden Kinde mit wiederholten Bitten gerufen; derselbe folgte jedoch diesem Ruf nicht, da er erfuhr: die Mutter des Kindes sei so arm, daß dieselbe ihm seine Mühe nicht entschädigen könne.

Neuenburg, 25. März. (D.D.) — Unser katholischer Pfarrer zeigt dem Volke den Weg der Liebe und Eintracht; unlängst taufte er ein Kind in seiner Kirche, welches Pathe zweier Lehrer war, von denen einer sogar das Kind bei der Taufe hielt.

London, 30. März. — Wie es in den Englischen Arbeitshäusern hergeht, davon mag folgender Fall einen Beweis liefern. Der Leicesters Mercury erzählt, daß ein 75jähriger Mann in einem Arbeitshause sich kürzlich weigerte, Wasser zu pumpen. Wegen Widerwilligkeit wurde er erstlich auf Strafkost gesetzt und da der ärztliche Beamte des Hauses entschied, daß er zu der Arbeit stark genug sei, wurde er zu 21 Tagen Zwangsarbeit verurtheilt, obgleich der alte Mann versicherte, daß die Arbeiten, die man ihm auferlegt, seine Kräfte überstiegen.

Schlesischer Nouvelles = Courier.

Tagesgeschichte.

** Breslau. Nach einer Mittheilung in den Schlesischen Provinzialblättern waren die Gymnassen Schlesiens nebst der Ritterakademie in Liegnitz in dem nunmehr verflossenen Winter-Semester von 5265 Schülern besucht, von denen dem katholischen Gymnasium in Breslau 573, dem Magdaläum alda 386, den kathol. Gymnasien in Neisse gleichfalls 386,

Gleiwitz 353 und Glas 301 angehörten. Die kleinste Schülerzahl hatten die evangel. Gymnassen in Lauban (102), Hirschberg und Görlitz (je 94). Den Unterricht ertheilten einschließlich der Rectoren und Directoren 176 ordentliche Lehrer, 63 Hilfslehrer, 17 Ortsgeistliche und 19 Schulamts-Candidaten.

+ * Breslau, 6. April. — Wie wir vernehmen, ist Herr Geh. Rath v. Schweinitz, Director an der Ritterakademie zu Liegnitz, durch Allerhöchste Kabinettsordre mit einer Pension von 2000 Rthlr. entlassen worden.

* Breslau. Die Prüfung der Schülerinnen der Magdalenschen Töchterschule findet am 7. April des Morgens von 9 — 12 Uhr und des Nachmittags von 2 — 5 Uhr statt. Zur Theilnahme an solcher hat der Inspektor Prof. Staats durch ein Programm eingeladen, in welchem derselbe wie in seinen früheren Schulschriften einzelne pädagogische Fragen, namentlich in Bezug auf das heranwachsende weibliche Geschlecht zur Sprache bringt. Der Unterricht in den 5 Klassen der Anstalt erfolgt wöchentlich in 174 Stunden, von denen auf die Religion und Religionsgeschichte 16, die Geschichte 6 (wohl zu wenig), die Geographie 7, Naturgeschichte, Naturlehre und Technologie 8, gemeinnützige Kenntnisse (o. i. Übersicht und Erklärung der verschiedenen Fächer der Wissenschaften) in Klasse II. (warum nicht auch in Klasse I.?) 1, deutsche Sprache 12, Literatur 1, französische Sprache 15, Verstandesübungen 4, Rechnen 14, Schreiben 15, Lesen 10, Zeichnen 10, Gesang 5 und weibliche Arbeiten 50 kommen. Die Zahl der Schülerinnen betrug 272 (208 evang., 5 kath. und 59 jüd.). Am Schlusse des Programms (S. 30) spricht sich Hr. Staats über die nicht zu billigende Sünde aus, daß die Schülerinnen oft aus der Schule genommen werden, ehe sie die nötige Reife erlangt haben. Im verflossenen Schuljahr ist der Unterricht von 10 Lehrern und 6 Lehrerinnen ertheilt worden.

* Breslau, 6. April. — Gestern fand die zweite Versammlung der hiesigen jüdischen Reformfeinde statt. Die Unterschriften zur Befreiung hatten den erstaunlichsten Fortgang, so daß die Anzahl der Mitglieder schon jetzt die Zahl hundert weit übersteigt. Der Vorsitzende eröffnete die Berathungen mit einer kurzen Ansrede und mit der Verlesung des Aufrufs. Die Frage, wie weit die Reform eigentlich gehen solle, ob man sich der Berliner Genossenschaft unbedingt anschließen, oder der Rabbiner-Versammlung sich anvertrauen wolle, hatte eine lange und heiße Diskussion herbeigeführt, die zu dem Beschlus führt, daß die hiesige Genossenschaft ihre freie Selbständigkeit zwar bewahren, allerdings aber die Vorschläge und das bereits Gewonnene Anderer prüfen und benutzen wolle. Zu dem Ende wurde bestimmt zu Conferenz sämtlicher Genossenschaften einen Deputierten zu schicken, dessen Wahl dem vorläufigen Comité überlassen wurde. Auf daß aber die Genossenschaft sobald als möglich ein Zeichen der Existenz von sich gebe, wurde dem Comité ausgetragen, sich bei dem Synagogenvorstande dahin zu verwenden, daß alle Bestimmungen der Rabbiner-Versammlung in Bezug auf Gultus schon jetzt hier ausgeführt werden sollen. Desgleichen wurde der Antrag eines Mitglieds zur Einführung eines Sonntags-Gottesdienstes für alle diejenigen, die dem Sonnabend-Gottesdienst nun einmal durchaus nicht beiwohnen können, wie Commis, Schulkinder u. dgl. fast einstimmig angenommen und die möglichst schclusive Ausführung dem Comité übertragen. So stellte sich denn gestern abermals heraus, daß eine entschiedene Reform das dringendste Bedürfnis des Judentums sei, indem Viele, die mit Wärme und Lebendigkeit an den Debatten Theil nahmen, gern und schnell bereit waren, ihre etwa verschiedenen Ansichten andern unterzuordnen, um nur die Realisierung des Ganzen nicht aufzuhalten. Und bei solchem Ernst und aufrichtigen Eifer kann ein glückliches Durchdringen unmöglich ausbleiben. — Die Wahl eines neuen Comités, das aus 15 Personen bestehen soll, ward auf die nächste Versammlung verschoben.

Breslau. In den letzten Tagen sind abermals zwei Versuche zu Selbstmorden gemacht worden, von denen der eine sowohl wegen der Art der Ausführung als auch in seinen Folgen bedauernswert ist. Ein hiesiger Kanzleifist, ein Mann, der das höhere Lebensalter bereits erreicht hat, begab sich am Abend d. M. Abends in Begleitung seines zwölftägigen Sohnes nach dem Nicolaithor belegenen Kirchhofe der christlichen Gemeinde. Hier angekommen, befaßt er seinem Sohne auf das Grab seiner Mutter, die daselbst beerdigte ist, niederzukneien, ein Gebet zu verrichten, und öffnete hierbei gleichzeitig, daß er sich erschießen würde. Gleichzeitig aber zog er ein Pistol hervor, und ehe der Knabe über die ihm durch seinen Vater gemachte Beisetzung erschreckt, sich erholt, oder irgend etwas zur

Verhinderung thun konnte, krachte der Schuß, und der Vater sank blutend neben dem Grabe seiner Frau und zu den Füßen seines Sohnes nieder. Dieser eilte sofort nach der Stadt zurück, um dort den unzulänglichen Vorfall anzugeben, und Hülfe herbeizuholen. Es wurde ein Wagen herbeigeschafft, und durch diesen der Unglückliche nach der Stadt gebracht. Hier fand sich, daß er sich den Schuß in den Mund beigebracht, das Pistole aber mit Schrot von ziemlich seiner Körnung geladen hatte. Der Schuß obwohl nicht absolut tödlich, hatte dem bebauernsvertheiten Mann die Zunge gänzlich zerrissen, eine Menge Schrotkörner waren durch den Gaumen und in die Backen gedrungen, und hatten die Lippen und den ganzen Mund schwer verlegt. Der Verwundete mußte später in das allgemeine Hospital gebracht werden, und es ist zweifelhaft, ob er bei der Gefährlichkeit der erlittenen Verlebenswagen wird am Leben erhalten werden können. Die Motive zu der beklagenswerthen That, zu deren Augenzeugen der Unglückliche seinen eigenen Sohn mache, sind noch nicht bekannt, sie scheinen aber in unglücklichen Familienvorhängen zu liegen.

(Anz.)

* Breslau, 7ten April. — In dem Museum des Herrn Karisch sind von Herrn E. Resch, hier, jüngst zwei Portraits ausgestellt worden, welche ihres Kunstwerthes halber eine öffentliche Erwähnung beanspruchen dürfen. Dieselben zeichnen sich nicht allein aus durch eine treue und lebendige Auffassung des Charakters, im Besonderen des hochgeachteten Universitätslehrers und Vorsteigers der hiesigen christkatholischen Gemeinde, als auch durch eine kräftige und blähende Färbung, welche vorzugsweise in dem reizenden Bildnis einer jungen Dame das Talent und die hohe Kunstfertigkeit des Porträtmalers vor Augen stellt. Vergleichen wir diese trefflichen Kunstsleistungen des Herrn Resch mit mehreren seiner früheren, so ist nicht allein eine wahrhaft künstlerische Lebendigkeit und Strebamkeit, ein starker Fortstreben und Fortschreiten in ihnen wahrzunehmen, als vielmehr zu wünschen, daß ihm umfassender Aufträge, und wäre es auch nur im Porträtsfache, zu Theil werden möchten, damit er an der Größe der Aufgabe auch selbst immer größer sich erweisen könne, und man nicht erst auswärts das suche, was man hier finden kann.

* Landeshut, 4. April. — Es ist in diesen Blättern schon früher auf die Bedeutung und Wichtigkeit hingewiesen worden, welche dieses Jahr für die Gestaltung unserer Kommunalverhältnisse dadurch gewonnen müsse, daß im Laufe derselben das einflussreichste der Kommunal-Amter, der Posten eines Bürgermeisters, einer erneuten Besetzung unterliegen würde. Was bereits damals gemeldet wurde, ist geschehen; der Bürgermeisterposten, der von dem jüngsten Inhaber 6 Jahre hindurch bekleidet wurde, ist vor mehreren Wochen ausgeschrieben worden. Es darf jedoch, um auf die Gründsäze hinzuweisen, von denen die Vertreter der Kommission bei diesem höchst wichtigen Acte ausgehen, nicht unerwähnt bleiben, daß die Stadtverordneten vor der öffentlichen Ausschreibung dieses Postens, denselben zuvor dem hiesigen Kämmerer Thamm, einem im Dienste der Stadt gepflichteten und wohlbewährten Manne angetragen hatten. Welches Vertrauen sich derselbe, der bereits 23 Jahre hindurch theils als Polizei-Inspector, theils als Kämmerer der Stadt gedient hat, von Seiten der Bürgerschaft erfreut, mag daraus entnommen werden, daß der fragliche Posten derselben auf Lebenszeit angeboten wurde, gewiß zugleich ein Beweis, wie unsere Bürgerschaft treira, uneigennützige Dienste in dankbarem Anerkennung zu würdigen und zu schätzen weiß. Das Herr Thamm dieses Amtes zu übernehmen sich nicht hat entschließen können, um mit dem größten Theil unserer Mitbürger unsäglich beklagen, da eine Besetzung dieses Amtes durch einen Mann von Erfahrung, Willenskraft und treuer Liebe zur Stadt auf der einen, wie von tiefer Kenntniß der wahren Interessen und der besondern Bedürfnisse unserer Kommission auf der andern Seite als ein großer Gewinn für dieselbe hätte angesehen werden müssen. Herr Kämmerer Thamm hat, wie verlautet, die Zu-Urkundung dieses Amtes mit Aufführung triftiger Gründe begleitet, und es mag sich derselbe wohl namentlich durch den Umstand zu diesem Entschluß haben bestimmen lassen, daß unsere Kommunal-Verwaltung durch eine Reihe von Jahren in nicht geringem Grade verwöhnt worden sei. Von den als Kandidaten dieses Amtes aus der hiesigen Bürgerschaft selbst sonst noch bezeichneten Männern, Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung, glauben wir, ohne uns zu irren, behaupten zu dürfen, daß dieselben gewiß nicht daran denken, um dieses Amt zu ampirieren, obwohl wir es auf der andern Seite nicht unangemessen finden, wenn aus der Mitte unserer Bürgerschaft selbst noch Männer als Bewerber aufstreten wollen, die gestützt auf vielseitige Verdienste um die Stadt, langjährige Erfahrung und tiefe Kenntnisse dessen, was zum wahren Wohle der Kommission gerechte, nicht ohne günstige Aussichten an der Bewerbung Theil nehmen würden. Wie dem auch sei, wir hegen das Vertrauen, daß unsere Stadtverordneten-Versammlung, wie sie bisher verfahren ist, auch fernerhin es sich wird angelegen sein lassen, ohne Scheu und Bedenken, ohne Nebenrück-

und Absichten sich lediglich von der Rücksicht auf das wahre Wohl der Kommission bei der Auswahl unter den ausgetretenen Bewerbern wieder leiten lassen. Die Kommission bedarf eines Mannes, der, bei lebendigem Interesse für alle Kommunal-Angelegenheiten, auch durch entschiedenen Charakter und tüchtige Gesinnung geeignet ist, den Anforderungen, die man an den Repräsentanten einer Stadt, die in jeder Hinsicht dem Fortschritt huldigt, machen kann und muß, zu entsprechen und zu genügen, und dies haben die Vertreter derselben nach § 148 der Städteordnung gewiß reiflich überlegt.

Sächs.-Sch. (Dresden-Görl.) Zus.-Sch. p. C. 100% Br.
dito Bairische Zus.-Sch. p. C. 84 Gld.
Neisse-Brieg Zus.-Sch. p. C. 80 Br.
Kralau-Oberschles. Zus.-Sch. p. C. 82½ bez. u. Br.
Berlin-Hamburg Zus.-Sch. p. C. 101 Br.
Cassel-Lippstadt Zus.-Sch. p. C. 91¾ bez. u. Br.
Friedrich-Wilh.-Nordbahn Zus.-Sch. p. C. 84% — % bez. u. Br.

Breslauer Getreidepreise vom 3. April.				
	Beste Sorte:	Mittelsorte:	Geringe Sorte:	
Weizen, weißer	80 Sgr.	72 Sgr.	58 Sgr.	
Weizen, gelber	80 "	70 "	55 "	
Roggen	60 "	56½ "	53 "	
Gerste	50 "	47½ "	45 "	
Hafer	34 "	33 "	32 "	

Breslau, 5. April.

Auf der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn wurden in der Woche vom 29ten v. bis 4ten d. M. 3082 Personen befördert. Die Einnahme betrug 2843 Rthlr. 22 Sgr. 6 Pf.

Im Monat März c. fuhren auf der Bahn 14,592 Personen.

Die Einnahme betrug:

1) an Personengeld	7197 Rtl. 25 Sgr. — Pf.
2) für Vieh-, Equipagen- und Güter-Transport (75,856 Etz. 75 Pf.)	4621 = 12 = 2 =
	zusammen 11819 Rtlr. 7 Sgr. 2 Pf.

Im März 1843 sind ein- gekommen 10601 Rtlr. 1 Sgr. 5 Pf. mithin im März 1846 mehr 1218 Rtlr. 5 Sgr. 9 Pf.

Bekanntmachung.

Das dem Kranken-Hospital zu Allerheiligen hier selbst gehörige, 1½ Meile von Breslau, und eine halbe Meile von Lissa entfernt gelegene Gut Herrnprosch und Vorwerk Johannisberg, 1014 M. M. 179 Q.-R. Ucker, 217 M. M. 119 Q.-R. Wiese, 17 M. 41 Q.-R. Gärte, 31 M. M. 119 Q.-R. Teiche und wilde Fischerei, und 60 M. M. 43 Q.-R. Hutung und Gräser enthaltend, nebst den Zinsen der Dörfer Herrnprosch, Sandberg und Peiskerwig, soll vom 1. Juli a. c. ab anderweitig im Wege der Licitation verpachtet werden.

Wir haben hierzu auf den 24. April dieses Jahres Vormittags um 11 Uhr

auf dem rathäuslichen Fürstensaale einen Termin anberaumt, und werden die Verpachtungs-Bedingungen, so wie die Darstellung der Nutzung-Branchen vier Wochen vor dem Licitationstermine in unserer Rath-Dienerstube, so wie bei dem Generalpächter in Herrnprosch zur Einsicht vorliegen.

Breslau, den 2ten Februar 1846.

Die Direction des Kranken-Hospitals zu Allerheiligen.

Sitzung der Stadtverordneten.

Am 8ten d. M. Nachmittags um 4 Uhr findet die gewöhnliche Sitzung der Stadtverordneten statt. In derselben wird die Wahl zweier unbesoldeten Stadträthe vorgenommen werden.

Breslau den 7. April 1846.

Graeff, Stadtverordneten-Vorsteher.

Vorläufige Anzeige.

Von mehreren Seiten aufgesordert, in Breslau einen Lehrkursus der Stenographie zu geben, bin ich mit Vergnügen um so mehr erbötig diesem Wunsch zu entsprechen, als mir während der Versammlung der Land- und Forstwirthe im Herbst vorigen Jahres und während des kürzlich geschlossenen Landtags der schlesischen General-Landschaft, bei welchen beiden Gelegenheiten mir die Direction der stenographischen Arbeiten übertragen war, der Aufenthalt in Breslau sehr und werth geworden ist. Die geehrte Expedition der Breslauer Zeitung hat die Güte, über den Lehrkursus der Stenographie weitere Auskunft zu erteilen.

Dresden, den 26. März 1846.

Dr. Karl Krause.

Bereits voriges Jahr habe ich über den Ausfall der Prüfung in der Knabenschule des Herrn Ferdinand Oberth berichtet. Die diesjährige Prüfung (am 4ten April) gibt mir Veranlassung den damaligen Stand der Schule mit dem jetzigen zu vergleichen. Die Schule hatte während der Zeit einen unlängen Fortschritt gethan, sowohl was die Festigkeit des Lehrplanes, als die für die Zwecke der Anstalt zu verwendenden Arbeitskräfte betrifft. Unsere Zeit ist eine Zeit des unüberlegten Vorwärtsseitens. Man will Früchte ernten, wo nicht geblüht worden ist, man will alsbald kühlenden Schatten genießen, ohne zu bedenken, daß die edelsten Baumarten der pflegenden Hand am allerlängsten bedürfen. Von diesem traurigen Charakter der Ueberheiltheit hat denn auch die Schule ihr gutes Heil davon getragen. Nicht selten stellen die Eltern an die Lehrer Anforderungen, die diese wenigstens in so kurzer Zeit nicht erfüllen können, ja nicht einmal erfüllen dürfen, ohne ihre Pflichten in den wesentlichsten Bedingungen zu verlegen. In der guten Absicht nämlich, das Wohl ihrer Kinder auf dem kürzesten Wege zu erreichen, arbeiten die Eltern auf ein bestimmtes Resultat hin und möchten nach Maßgabe ihrer Sonderinteressen den Studienplan, und wo möglich auch die Leitung der Ana-

Actien-Course.

Breslau, 6. April.

Oberschles. Litt. A. 4% p. C. 104½ Gld. Prior. 100 Br.
dito Litt. B. 4% p. C. 98½ bez. u. Gld.
Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% p. C. abgest. 104½ Br.
1½ Gld.
dito dito dito Prior. 100 Br.
Niederschles.-Märk. p. C. 93½ Gld.
Rheinische 4% p. C. 90 Gld.
dito Prior.-Stamn. 4% Zus.-Sch. p. C. 95 Gld.
Ost-Rheinisch (Cöln-Minden) Zus.-Sch. p. C. 95½ bez. u. Br.
Wilhelmsbahn (Essel-Oberberg) p. C. 90 zu machen.

stalt angeordnet seien. Könnte ihren Wünschen Raum gegeben werden, so würden sich die Erfolge alsbald zeigen: vereinzelt Wissen ohne Zusammenhang nach innen, Plathheit und Unruhe nach außen, Uebel, welche nicht wenig dazu beigetragen haben, unsere geselligen Zustände zu verschlechtern. Wenn nun ein nur halbweg gebildeter Pädagoge diese augensfälligen Uebelstände mit Leichtigkeit vermeiden wird, so hat diese Sucht zu glänzen und schnelle Erfolge zu erringen, auch in die Wirklichkeit vieler Lehrer unreine Tinten hineingetragen. Sie arbeiten für's Examen, sie bedecken den Abgrund geistiger Unzulänglichkeit mit bunten Blumen und sind zufrieden mit einigen mechanisch angelernten Säcken die Zuhörer einige Stunden leidlich eröst zu haben. Mit großer Genugthuung spreche ich es aus, daß ich von diesen H'ern, die rüster wuzeln als man glaubt, bei der erwähnten Prüfung auch nicht eine Spur gefunden. Das Wissen der Jöglings beruht auf breiter Basis, darum bewegen sie sich nach allen Seiten hin mit Begegnung und, nach Maßgabe der jugendlichen Fassungs- kraft, mit schöner Umsticht. Anerkennenswert ist die Vereinigung der Geographie, Geschichte und Naturlehre zu einer einzigen Disciplin der Weltkunde, weil aus dieser Zusammenstellung der Einfluß, den das Klima und die geographische Lage auf den Nationalcharakter und durch diesen auf die Landesgeschichte äußern, klarer als sonst wohl hervorgeht. Semit schließe ich mit dem aufrichtigen Wunsche, daß der Vorsteher der Anstalt, so wie die Herren Lehrer, deren Anzahl für das vorhandene Bedürfniß vollkommen ausreicht, nicht müde werden mögen, durch Übertragung nützlicher Kenntnisse und Hingabe edler Geschlechter Saaten für die Ewigkeit zu streuen. Dass ihre Bemühungen nicht ohne Erfolg geblieben sind, beweist die den Jöglings bewahrte jugendliche Munterkeit, die ihre wohltätigen Auswirkungen auch über den zahlreichen aus Mitgliedern sehr angesehener Familien bestehenden Zuhörerkreis verbreite.

Dr. v. Schmakowsky.

bach, welcher eine neue Zielmethode erfunden, und diese zunächst der belgischen Regierung angetragen, später sich aber nach Ägypten und von da nach Lahore begeben habe. Der Offizier, auf welchen sich die letzteren Angaben beziehen, möchte jedenfalls an den Thaten der indischen Artillerie unschuldig sein, da er sich seit seiner Rückkehr aus Ägypten, und zwar seit mehreren Jahren, geisteskrank in der Irrenheilanstalt zu Siegburg befindet.

△ Berlin, 5. April. — Von großem Interesse dürfte die heute hier aus Danzig angelommene Allgemeine politische Zeitung für die Provinz Preußen (Nr. 78) sein, weil darin aus Königsberg gemeldet wird, daß zur Erledigung der Disciplinar-Untersuchung gegen das Concilium generale der Königsberger Universität wegen der dem Dr. Uebig vorwirten Inserption dort eine Cabinesordre angelangt sei, worin die Majorität der Königsberger Professoren wegen ihres ungehörigen Vertrags getadelt, und die Minorität wegen ihres guten Benehmens gelobt wird. In Folge eines hohen Beschlusses sollen die Professoren Rosenkranz und Burdach deshalb nicht mehr zur Prorektorwürde zugelassen werden. Die Professoren Sachs und Simson haben in dieser Angelegenheit auch einen Verweis erhalten.

Graudenz, 31. März. (B. f. P.) Gestern und heute haben unter dem Vorsitz des wirklichen Geheimen Raths und Ober-Appellations-Gerichts-Präsidenten Hrn. v. Frankenberg aus Posen, lange Conferenzen der Herren Polizei-Präsidenten Lauterbach aus Königsberg, Kammergerichts-Rath v. Wegnern aus Berlin, und Landrat v. Grävenitz aus Gnesen stattgefunden, die sich jedenfalls auf die Untersuchung gegen die in West- und Ostpreußen, zur Haft gebrachten Polen bezogen haben, da, wie man wahnimmt, in Folge dieser Conferenzen, mehrere weniger wichtige und nur versuchte Individuen der Haft entlassen worden. Hr. v. Frankenberg und Hr. v. Wegner scheinen den Weg von hier nach Thorn einzuschlagen, wogegen der Polizei-Präsident Lauterbach wiederum über die Weichsel ging. Dieselben Rückkehr nach Königsberg soll, wie aus ziemlich sicherer Quelle verlautet, nunmehr nahe bevorstehen.

Stuhm, 24. März. (Königsb. B.) Gestern Abend brachte eine Extrapolst den früher verhafteten Rittergutsbesitzer D. hierher zurück. Alles eilte, um ihn zu begrüßen, jeder wollte von ihm zuerst die Veranlassung zu der strengen Maßregel erfahren. Die acht Tage nach der Verhaftung erfolgte erste Vernehmung des D. ergab seine Unschuld und bewirkte seine sofortige Freilassung. Die Ursache zu der Verhaftung gab ein bei einem arrestierten Polen vorgefundenes Verzeichnis mehrerer Güter nebst deren Vorwerk, wie viel Pferde und Menschen jedes zur Revolution gestellen könnte. Bei seiner Vernehmung soll der Pole wiederholentlich erklärt haben, daß er dieses Verzeichnis ohne Wissen der Besitzer angesertigt habe.

Nürnberg, 31. März. (Mannh. J.) Vor einigen Tagen ist hier die Nummer des „Nürnberger Kuriers“, in welcher die Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe mit dem Schreiben des Fürsten Wrede an den König mitgetheilt waren, von der Polizei in den Gasthäusern mit Beslag belegt worden. Eine eigens von München gesandte Stoffseite soll den Besatz überbracht haben, die Veröffentlichung des fraglichen Schreibens zu verhindern. Als er hier anlangte, war es aber zu spät, indem die erwähnten Verhandlungen bereits die Presse verlassen hatten und versandt waren. So findet man dieselben jetzt in allen bayrischen Blättern.

Hamburg, 1. April. (D. A. Z.) Schuselka, der bekanntlich in einem Anfluge von republikanischer Schwärmerie aus dem Großherzogthume Belmar in die freie Hansestadt Hamburg gezogen, erhielt auf sein Gesuch, sich hier niederlassen zu dürfen, eine Aufenthaltskarte auf vier Wochen. Hier, wo Alles fleißig ist und die Zeitverhältnisse ausbeutet, benutzte der Publicist seine vier Wochen, um eine Broschüre über die polnische Frage zu schreiben. Leider waren die vier Wochen zu kurz, um 21 Bogen zu machen, also mußte die Schrift in die Censur und wurde von ihr in allen vier Instanzen verworfen. So geht es selbst in den freien deutschen Städten.

Petersburg, 28. März. (Btg. f. Pr.) Den Winter hätten wir nun überstanden, einen der schlimmsten, die je in Russland gehaust haben, aber noch lange nicht die schrecklichen Nachwehen desselben. Das Wetter ist seit länger als einem Monats beständig naßkalt und unfröndlich. Typhus und Grippe sind an der Tage ordnung. Die Sterblichkeit ist gleichmäßiger und, wie die Todtengräber versichern, größer als zur Zeit der Cholera. In der That kann man nicht ausgehen, ohne einzigen Leichenkondukt zu begegnen. Das gemeine Volk leidet, wie immer, am meisten. Die Straßen der

sonst so kleinen Residenz sind von Schmutz- und Eisbergen und großen Pfützen bedekt; man kommt weder zu Schlitten noch zu Wagen weiter. Die Neuwa trägt noch ihren grauen scheußlichen Eismantel, und so lange sie diesen nicht abwirft, werden die Krankheiten uns nicht verlassen. — Der Finanzminister Wrantschenko, Nachfolger des Grafen Rankin, sängt an sehr unpopulär zu werden. Er hat kürzlich viele Tausend Pfund Thee, von der Douane an der chinesischen Grenze als Contrebande im Besitz genommen, öffentlich verbrennen lassen, anstatt die jetzt so überfüllten Hospitaler und die nothleidende Klasse, für welche hier Thee ebenso wichtig ist als Brot, damit zu beschicken.

Paris, 1. April. — In der Deputirtenkammer kam heute die General-Diskussion des Gesetzentwurfs über den Handelsvertrag mit Belgien zum Schluss, und es wurde sodann die Berathung der Artikel eröffnet. — Herr Guizot hat in dieser Sitzung dem Handelsplan Sir Rob. Peel's volle Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Man versichert, Marschall Bugeaud beabsichtige, Abd-el-Kader einen Monatlichen Waffenstillstand zu bewilligen, um mit demselben über eine Auswechselung der Gefangen zu unterhandeln.

Die großherz. hessische Regierung hat einen Konsul in Algier ernannt. — Es heißt, Hr. v. Barante werde nächstens nach St. Petersburg abreisen, seinen Botschafts- posten dort wieder anzutreten. — Lord Brougham ist hier angekommen; er gedenkt bis 15. April zu bleiben. — Nach dem National sollen ernste Unruhen in St. Etienne stattgefunden haben. Der Generalprokurator von Lyon hätte d'm Siegelbewahrer folgende Desse übersehen: „Ich begebe mich nach St. Etienne. Es hat eine Collision zwischen den Arbeitern und der bewaffneten Macht stattgefunden. Mehrere Arbeiter sind getötet worden. Morgen folgt mein Bericht.“

Über Marseille sind die Bombay-Blätter vom 3. März eingetroffen. Sie enthalten ausführliche Details über den von den Briten über die Sikhs bei Sobraon am 10. Februar ersuchten großen Sieg. Sie bestätigen jedoch nicht die von der telegraphischen Desse aus Marseille gemeldete Nachricht, daß die besiegten Sikhs um Frieden nachgesucht und sich zur Zahlung einer Entschädigungssumme von $1\frac{1}{2}$ Millionen Pf. St. für die Kriegskosten an die Briten verpflichtet hätten (s. oben unter Ostindien). — Die Nachrichten aus China reichen bis zum 1. Februar. In Canton hatten, während des chinesischen Neujahrsfestes einige Unruhen statt. Die Chinesen stießen das Haus des Grossmandarins Kuan-Cha-Foo, des Präfekten von Canton, in Brand und drohten die englischen, holländischen und amerikanischen Faktoreien einzuschern. Sobald diese Drohungen bekannt wurden, schickten die Amerikaner 500 Mann des Linienschiffes „Columbus“ und die Engländer drei Kriegsschiffe, worunter zwei Dampfer, zum Schutz der Factoreien herbei; die Chinesen ihrerseits spererten mit großen Steinen die Thore Cantons und drohten, alle Europäer auszuplündern und umzubringen. Macao ist zum Freihafen erklärt worden.

Lissabon, 21. März. — Der Kammer ist gestern von der Regierung ein wichtiger Gesetzentwurf vorgelegt worden. Nach demselben soll beim Hinscheiden der Königin Donna Maria II., wenn der Thronfolger das 18. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hätte, bis zu diesem Zeitpunkte die Regentschaft und die volle und ganze Ausübung der königlichen Autorität dem Gemahl der Königin, dem Könige Don Fernando, übertragen werden.

Madrid, 26. März. — Das Eco del Comercio zeigt an, es werde nun wieder erscheinen, da die Regierung die öffentliche Prüfung und Kritik nicht hemmen wolle. Es ist jedoch der Tiempo, welcher auch nach den neuen über die Presse verhängten Maßnahmen Positiv zu machen fortführ, auf Befehl des politischen Chefs suspendirt worden. Es läuft aber der Suspensionstermin für den Tiempo schon am nächsten 1. April wieder ab. — Es bestätigt sich, daß der portugiesische Gesandte Baron Kendusse beauftragt ist, zu Gunsten der Bewerbung des Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg um die Hand Isabells Schritte zu thun.

Canton, 26. Jan. (Wes.-Z.) Im Laufe des Monats sind die letzten Raten der im Tractat von Nanjing festgestellten Entschädigungsgelder den englischen Behörden ausgezahlt worden. Zugleich ist eine Proclamation von dem Kaiserl. Commissair erlassen worden, wodurch die Thore allen Fremden der Stadt Canton geöffnet werden. Letzteres erregte bei dem Volke einige Aufregung und ein Aufmarsch wurde während einiger Tage befürchtet. (Siehe unter Paris.)

Letzte Nachrichten.

Berlin, 6. April. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, denjenigen Räthen, welche bei den Provinzial-Steuer-Directionen den Provinzial-Steuer-Director in Abwesenheits- und Behinderungsfällen zu vertreten haben, und zwar den Geheimen Regierungsräthen Brockmeyer in Posen, Schmidt in Stettin, Niemann in Breslau, Rackelmann in Danzig und von den Brinden in Münster, so wie dem Regierungsrath Voigtel in Königsberg, den Rang und Charakter eines Ob.-Regierungsrath beizulegen; dem Appellationsgerichtsrath Rauchfuß zu Posen zum Land- und Stadtgerichts-Director beim Land- und Stadtgericht in Gnesen; den Land- und Stadtgerichts-Director Rohden zu Reine zum Ober-Appellationsgerichtsrath bei dem Ober-Appellationsgerichte zu Posen; den Ober-Landesgerichts-Assessor Busch zu Glogau zum Land- und Stadtgerichts-Rath zu ernennen; dem bei dem Land- und Stadtgerichte in Gc. Oschersleben angestellten Ober-Landesgerichts-Ass. Cammerer den Charakter als Land- und Stadtgerichtsrath und den beiden Justiz-Kommissarien und Notarien Wiedemann und Pflaume in Halberstadt den Justiz-Raths-Charakter; dem Justiz-Kommissarius u. Notarius Fried. Wilh. Lehmann zu Wiedenbrück in Westphalen; und dem Land- und Stadtrichter Abraham Rose zu Beverungen den Titel als Justiz-Rath; und den Ober-Landesgerichts-Assessoren und Mitgliedern des Land- und Stadtgerichts zu Paderborn, Joseph Ludwig Hillebrand und Joseph Felix Schmidt den Titel als Land- und Stadtgerichtsrath zu verleihen.

(A. Pr. 3.) Ueber den Inhalt des von dem Kriminal-Senate des königl. Kammergerichts gefällten ersten Erkenntnisses in der Untersuchung wegen des im Frühjahr vorigen Jahres im Hirschberger Thale entdeckten hochverrätherischen Unternehmens erhalten wir, nachdem die Publication erfolgt ist, so eben zuverlässige Nachricht. Da diese Angelegenheit seit jener Entdeckung in der Presse viel besprochen und von mancher Seite her die Existenz eines solchen Unternehmens geradezu in Abrede gestellt worden ist, so wird es nicht ohne Interesse zeigen, daß von den zur Untersuchung gezogenen 9 Personen nur zwei völlig freigesprochen, einer verurtheilt zur Todesstrafe des Betriebs, und vier andere, nämlich der Tischler K. und der Mühlbauer S. zu sechsjähriger, der Tischler M. und der Bleicher B. zu fünfjähriger Buchthausstrafe wegen Mitwissenschaft um ein hochverrätherisches Unternehmen und unterlassener Anzeige desselben verurtheilt, zwei der Angeklagten aber, der Tagelöhner S. und der Schuhmacher E., von der letzten Anschuldigung vorläufig freigesprochen worden sind.

(A. Pr. 3.) Nach einem in der Nr. 77 des Hamb. unpart. Correspond. vom 31. März c. unter den vermittelten Nachrichten enthaltenen Artikel, sollen die engl. Offiziere in Ostindien eingestehen, daß sie selbst in Europa kein besser unterhaltenes und gerichtetes Artilleriefeuer gesehen hätten, als das der Sikhs unter dem Befehle eines vormaligen preuß. Offiziers, Namens Schlim-